

Landesarchiv Berlin

B Rep. 057-01

Nr.: **5447**

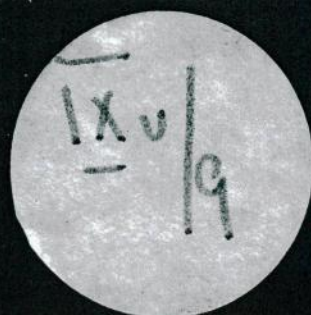
4A XI

SOENNECKEN

OS

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.: 5447



Ind II A/B

83-68

R9 10

Auswärtiges Amt

Abteilung Gruppe Inland II

Inl II G

Akten

100/

betreffend:

Auskunft über Inhaftierte
Nachforschungen

vom

8. 1. 194

194

bis

1. 8. 194

194

Bd. 10

Forts. Bd. 11

Geschäftszeichen

83-68

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

5. 12. 1968

Sasse

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



109

Durchdruck als Konz.R'schrift l.b. Hb.
Auswärtiges Amt

Berlin, den

3. November 1943

Inl.II B 8494/43

Sachverhalt l b r i e f

Mit Beziehung auf die heutige fernmündliche
Ecksprache mit SS-Hauptsturmführer Bosshammer

Betr.: Eheleute a) Viktor Hubert von Haenisch
b) Helene von Haenisch, geb. Neufeld

Die Deutsche Gesandtschaft in Bukarest bittet mit
Fernschreiben, citissime, vom 2.d.M. um Feststellung, ob
die Eltern des Reichsdeutschen Paul von Haenisch, geb.
23.6.1902 in Wien, Direktor bei der Kaloderma-Niederlassung
in Bukarest, bis 28.2.1930 wohnhaft in Wien XIX, Strasser-
gasse 11, wegen ihrer jüdischen Abstammung nach Theresien-
stadt deportiert worden sind. Bei den Eltern handelt es
sich um Viktor Hubert von Haenisch, geb. 5.7.1865 in
evangelisch, und Helene von Haenisch geb. Neufeld, geb.
4.7.1872 in Wien, römisch-katholisch, beide bisher wohn-
haft Wien XIX, Geisttingergasse 1.

Für möglichst umgehende Feststellung und Mitteilung
des Ergebnisses wäre ich dankbar.

Im Auftrag

gez. Geiger

Termin 27.11.bleibt

dem Chef der Sicherheitspolizei
und des SD - Amt IV B 4 -
z.Hd. von SS-Hauptsturmführer Moos

Berlin

Kurfürstenstr.116

b.w.

ab: 4. M. 16

2

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

5. 12. 1966

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



110

Auswärtiges Amt

Abteilung **Gruppe Inland II**

Inl II B

100/2

Akten

betreffend: **Inland II A**

*Ursprung über Subaffäre
u. a. Forschungen*

vom	1500	1944
bis	2799	1944

Bd. 11

Forts. Bd. 12

Geschäftszeichen

83-68

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 5. 12. 1966



(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



**er Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

IV A 4 b (I) d - E. 2.

Im Schriftverkehr dieses Geschäftszeilen, das Datum und
des Gegenstand angeben

Berlin SW 11, den 8. Mai 1944.
Prinz-Albrecht-Straße 8
Ortsanruf 12 00 40 - Fernanruf 12 84 21
Reichsbankgirokonto: 1146 - Postscheckkonto: Berlin 2386

IB 1625
11. MAI 1944

An das

Auswärtige Amt,

in Berlin.

Betrifft: Den Mischling 1. Grades Josef E l l i s s e n ,
geb. am 27.8.1900 zu Hausmehning.

Bezug: Schnellbriefe vom 24.1.1944 - Inl. II B 6261/43
Ang. II - und vom 13.4.1944 - Inl. II B 6390 -

E l l i s s e n ist Mischling 1. Grades und
besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit. Er war zuletzt
in Marktredwitz wohnhaft und ist von dort im Januar 1931
mit unbekanntem Verbleib verzogen.

Über ihn ist in politischer, krimineller und
abwchrpolizeilicher Hinsicht Nachteiliges nicht bekannt.

Ellissen ist laut Bericht des Polizeiattachés in
Bukarest vom 28.2.1944 am 30.1.1944 nach Wien zurückgekehrt.

Im Auftrage:

Buckert

bae

83-68

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 5. 12. 1966



(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



112

Politisches Archiv

Auswärtiges Amt 121/2

Inland II A / B

Akten

betreffend:

Ausbürgerungen

(Allgemeines - Listen)

vom 1938

bis 1944

Bd. 2

s. Bd.

83-76 Allg.

374

Deutsche Botschaft
Rom

ROM, den 6. Juni 1942.

B 12375.

Betr: Ausbürgerung in Italien
lebender deutscher Juden.

-3 Durchschläge-

Auf Grund der Elften Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 haben die in Italien lebenden, aus Deutschland zugezogenen Juden ihre deutsche Staatsangehörigkeit verloren und sind staatenlos geworden; die deutschen Reisepässe sind einzuziehen, und ihr Vermögen im In- und Ausland ist zu beschlagnehmen.

In den öffentlichen Krankenhäusern und Heilanstalten von Rom sowohl wie der italienischen Provinz sind zurzeit eine Reihe von ehemals deutschen Juden untergebracht. Nach dem deutsch-italienischen Übereinkommen über die wechselseitige Unterstützung von Hilfsbedürftigen vom 8. August 1873, das unter Beschränkung auf die Artikel 1, 2, 3 und 4 am 8. Juli 1920 wieder in Kraft gesetzt worden ist, muss die Übernahme von Kranken und Geistesgestörten durch den Heimatstaat (s. Art. 4 des Abkommens) auch dann erfolgen, wenn diese inzwischen ihre frühere Staatsangehörigkeit verloren haben.

Die Verwaltungen der oben erwähnten Krankenhäuser und Heilanstalten wenden sich nun weiterhin an die Botschaft und die Konsulate mit der Bitte um Ausstellung von Staatsangehörigkeitszeugnissen für solche Juden, die bei der Einreise nach Italien noch die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen und heute noch im Besitze, wenn auch ungültiger deutscher Reisepässe sind. Eine Mitteilung an die anfragenden Stellen, dass diese Juden inzwischen die Staatsangehörigkeit verloren haben, würde italienischerseits unter Hinweis auf Art. 4 des erwähnten Übereinkommens wahrscheinlich zur Folge haben, dass für die betreffenden Juden Anträge auf Übernahme gestellt werden.

Ich bitte um Weisung, wie die Botschaft sich in diesem Zusammenhang verhalten soll.

An

das Auswärtige Amt
B e r l i n .

33-70

Die Übereinstimmung des ~~vor~~ /
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



375

Sasse
(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat *I. M.*

Durchdruck

Auswärtiges Amt

Ref. Ges. Rat Klingenfuss

28. August 1942

D III 3062

In der Anlage wird Durchschlag eines Berichts der Deutschen Botschaft Rom vom 6.6.42 übersandt, welcher die Unterstützungen von hilfsbedürftigen Juden in Italien zum Gegenstand hat, die gemäss der 11. Verordnung die deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben. Die Botschaft Rom ist angewiesen worden, die Ausstellung von Staatsangehörigkeitszeugnissen abzulehnen, unter Hinweis auf den inzwischen eingetretenen Verlust der Staatsangehörigkeit.

Nach einem noch in Kraft befindlichen Übereinkommen sind allerdings ehemalige Staatsangehörige auf Verlangen des anderen Teils auch dann wieder zu übernehmen, wenn sie inzwischen nach der inländischen Gesetzgebung ihre Staatsangehörigkeit verloren haben. Eine italienische Forderung auf Übernahme der in Rede stehenden Juden könnte daher nicht abgelehnt werden.

Ich bitte um Stellungnahme, ob einer solchen Forderung gegebenenfalls stattgegeben werden kann, damit die in Frage kommenden Juden hier den allgemeinen Massnahmen unterworfen werden können.

Im Auftrag

gez. Klingenfuss

An das
Reichssicherheitshauptamt
Berlin W 35
Kurfürstenstr. 115

29/8 KL
1 he

P 2878

Die Übereinstimmung des ~~vor~~/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

24. Juni 1959



376


(Dr. Sasse)
Vertragender Legationsrat *J. M.*

17. SEP. 1942

**Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

Berlin SW 11, den 15. September 1942.
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: Ortsverkehr 12 00 40 - Fernverkehr 12 64 21

IV B 4 a 3006/42
Bitte in der Antwort vorliegendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Empfänger: *5567*
Abg. 18. SEP 1942
Amt: Durchg.

An das
Auswärtige Amt,
B e r l i n .

Betrifft: Ausbürgerung in Italien lebender
deutscher Juden.

Bezug: Dort. Schreiben vom 28.8.42
- P III 3962 -

5336

Auf das dortige Schreiben vom 28.8. 1942 teile ich mit, daß die Möglichkeit besteht, die in öffentlichen Krankenhäusern und Heilanstalten von Rom und der italienischen Provinz untergebrachten, z.Zt. staatenlosen Juden ehemals deutscher Staatsangehörigkeit, die der Fürsorge der Deutschen Botschaft Rom unterliegen, in das Reich zu übernehmen.

Bevor ich jedoch weiteres in dieser Angelegenheit veranlasse, bitte ich eine genaue Liste der in Frage kommenden Juden unter Angabe der Personaldaten und des ehem. Wohnsitzes aufstellen zu lassen.

Um eine reibungslose Durchführung der Übernahme zu gewährleisten, wird es erforderlich sein, daß seitens der Deutschen Botschaft in Rom im Einvernehmen mit den italienischen Stellen ein Sammeltransport zusammengestellt und dieser

*A. Brückner
L. Rindler
18.9.42*


62-13

./.

Die Übereinstimmung des ~~vor~~/ umstehenden Textes mit der bei den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes befindlichen Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1952




(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat *J. M.*

377

möglichst in einem Sonderzug oder bei geringer Personenzahl in an einem Regelzug angeschlossenen Sonderwagen bis zum Brenner gebracht wird, wo dann die Übernahme durch Organe der Sicherheitspolizei erfolgt.

In vermögensrechtlicher Hinsicht dürften sich m.E. keine Schwierigkeiten ergeben, da wahrscheinlich diese Juden mehr oder weniger vermögenslos sein werden.

Im Auftrage:

Bez.: E i c h m a n n .

Beglaubigt

Kanzleianw.



Stellte.

Die Übereinstimmung des ~~vor~~ /
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Donn, den 24. Juni 1968



[Handwritten signature]
(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat *E. M.*
378

**Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

Berlin SW 11, den 9. Februar 1944.
Prinz-Albrecht-Straße 8
Ortsanruf 12 00 40 - Fernanruf 12 64 21
Reichsbankgirokonto: 1/146 - Postscheckkonto: Berlin 2386

IV B 4 c ² - Nr. 1/44 Allg. -

Bitte im Schriftverkehr dieses Geschäftszeichen, das Datum und den Gegenstand angeben

An das

Auswärtige Amt

Auswärtiges Amt	
Int. II A 5557	
eing.	1. MRZ 1944
Anl. (fach) <input checked="" type="checkbox"/> Dopp. d. En

in Berlin.

Betrifft: Geschäftsvereinfachung; hier: Wegfall der Zustimmung im Ausbürgerungsverfahren gemäss § 2 des Gesetzes vom 14.7.1933.

Bezug: Ohne.

Anlagen: 2.

Gemäss Anordnung des Reichsführers-^{1/4} und Reichsministers des Innern ist die abschliessende Bearbeitung der Ausbürgerungsangelegenheiten von der Abteilung I des Reichsministeriums des Innern auf die Sicherheitspolizei übergegangen. Nach dem bisher üblichen Verfahren wurde die gemäss § 2 des Gesetzes vom 14.7.1933 vorgesehene Zustimmung des Reichsministers des Auswärtigen zur Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit in jedem Einzelfall vor Abschluss des Verfahrens eingeholt. Zur Geschäftsvereinfachung wird vorgeschlagen, sich mit folgender Regelung einverstanden zu erklären. Es wird gebeten, die formelle Zustimmung zur Ausbürgerung gleichzeitig mit der Übersendung des Materials der Deutschen Vertretung an die hiesige Dienststelle zum Ausdruck zu bringen. Darüber hinaus wird von hier vor Veröffentlichung der Liste der auszubürgernden Personen im Reichsanzeiger ein Durchschlag dieser Liste dorthin übersandt werden und die Veröffentlichung erst erfolgen, nach dem von dort die generelle Zustimmung für die gesamte Ausbürgerungsliste hier vorliegt. Mit diesem Verfahren wird erreicht, dass die Fälle, die nicht von dort sondern von anderen Dienststellen zur Vorlage


8 3-76 Allg

./.

Die Übereinstimmung des ~~vor~~/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968




(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat I. Kl.
379

gelangen, rechtzeitig der dortigen Kenntnissnahme und
Zustimmung unterliegen. Um baldige Zustimmung wird ge-
beten.

Im Auftrage:

Erman

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

24. Juni 1968



387
(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat I. M.

den 7. März 1944.

Inl. II A 5551.

Auf das Schreiben vom 9. Februar 1944
- IV B 4 c ² - Nr. 1/44 Allg. -

Vor Abgang:

Recht III

mit der Bitte um
Mitzeichnung.

Das Auswärtige Amt erklärt sich damit einverstanden, daß die formelle Zustimmung zur Ausbürgerung gleichzeitig mit der Übersendung des Materials der Deutschen Auslandsvertretungen an die dortige Dienststelle zum Ausdruck gebracht wird. Vor Veröffentlichung der Liste der auszubürgernden Personen im Reichsanzeiger wird um Überlassung eines Durchschlages dieser Liste gebeten, damit die generelle Zustimmung für die gesamte Ausbürgerungsliste erteilt werden kann.

1.) An
den Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

B e r l i n W. 62.

Kurfürstenstraße 116

2.) Nach Abgang wiedervorlegen wegen Änderung der Formulare. In

Die Übereinstimmung des ~~vor~~/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

24. Juni 1968



[Handwritten signature]
(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat *J. M.*

381

In allen Fällen, die nicht von hier aus sondern von Staatspolizeileitstellen im Inlande zur Vorlage gelangen, bittet das Auswärtige Amt jedoch, an dem bisherigen Verfahren der Einholung der gemäß § 2 des Gesetzes vom 14. 11. 1933 vorgesehenen Zustimmung zur Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vor Abschluß des Ausbürgerungsverfahrens in jedem Einzelfall festzuhalten. An der Hand der Ausbürgerungsanträge der innerdeutschen Dienststellen kann eine Stellungnahme nach außenpolitischen Gesichtspunkten erfolgen.

Im Auftrag

gez. von T H A D D E N .

Th 9/3

Th 9/3

Die Übereinstimmung des ~~vor~~/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

24. Juni 1968




(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat *T.M.*

382

**Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

IV A 4 b (II) b - Nr. 1/44 Allg. -

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Berlin SW 11, den
Prinz-Albrecht-Str. 8
Fernsprecher 12 00 40

April 1944

Auswärtiges Amt
Inl. II A 6218

eing. 5. MAI 1944

Anl. (1-tach) 2 Dopp. d. Eing.

Schnellbrief

An das

Auswärtige Amt

z.Hd.von Herrn Legationsrat von Thadden
in Berlin.

Betrifft: Geschäftsvereinfachung; hier: Wegfall der
Zustimmung im Ausbürgerungsverfahren gemäß
§ 2 des Gesetzes vom 14.7.1933.

Bezug: Schreiben vom 7.3.1944 - Inl. II A 5551

Auf Grund der dortigen Zustimmung vom 7.3. 1944 wird mit sofortiger Wirkung die Einholung der formellen Zustimmung im Ausbürgerungsverfahren eingestellt, soweit es sich um Fälle handelt, in denen das Material von dort übersandt wird. Es wird jedoch gebeten, bei der Übersendung des Ausbürgerungsmaterial die dortige Zustimmung wie folgt zum Ausdruck zu bringen: "Der Ausbürgerung des bzw. der Erstreckung auf die vorbezeichneten Familienangehörigen wird zugestimmt." In allen Fällen, in denen das Ausbürgerungsmaterial von den Staatspolizeistellen bzw. von sonstigen Dienststellen im Inlande zur Vorlage gelangt, wird nach wie vor in jedem Einzelfall die dortige Zustimmung vor der Ausbürgerung eingeholt werden. Unter diesen Voraussetzungen dürfte sich dann die vorherige Übersendung einer Liste der auszubürgernden Personen zur nochmaligen generellen Zustimmung für die gesamte Liste erübrigen. Hierdurch würde sich lediglich die Durchführung des Ausbürgerungsverfahrens um einen bedeutenden Zeitraum

83-76

./.

Die Übereinstimmung des vor/
unstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

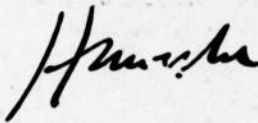
Bonn, den 24. Juni 1968




(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat *I. Hl.*
383

verlängern. Während durch die vorerwähnte
Regelung Gewähr dafür gegeben ist, daß nur
Personen zur Ausbürgerung gelangen, bei denen
die dortige Zustimmung entweder bei Übersendung
des Materials bereits vorliegt, oder in jedem
Einzelfall von hier eingeholt worden ist.

Im Auftrage:

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'H. v. H.' or similar, written in a cursive style.

Be.

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968




(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat I. M.
384

Berlin, den 24. Mai 1944.

Nr. Inl. II A 6218.

Auf das Schreiben vom 7 April 1944
- V A 4 b (II) b - Nr. 1/44 Allg. -

Das Auswärtige Amt hat davon Kenntnis genommen, daß von einer vorherigen Übersendung einer Liste der auszubürgernden Personen zur generellen Zustimmung für die gesamte Liste abgesehen werden soll. Gegen dieses Verfahren bestehen keine Bedenken.

In allen Fällen, in denen das Ausbürgerungsmaterial von den Staatspolizeistellen bzw. von sonstigen Dienststellen im Inlande zur dortigen Vorlage gelangt, wäre die Zustimmung des Auswärtigen Amtes in jedem Einzelfall vor der Ausbürgerung einzuholen.

An

den Chef der Sicherheits-
polizei und des SD.

B e r l i n W. 62,
Kurfürstenstraße 116.

Im Auftrag

gez. von T H A D D E N .

Handwritten signature: TADDE

Handwritten note: 24/5

Z. d. A.

Die Übereinstimmung des ~~vor~~/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

24. Juni 1968



[Handwritten signature]
Vortragender Legationsrat *T. M.*

386

Reichssicherheitshauptamt

30. November 1944
Berlin SW11, den
Prinz Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 1400 40

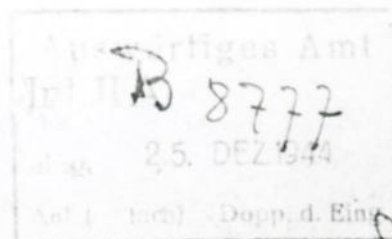
4 b (Aberkennung) Nr. Allgem. 1395/12/44

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

An das

Auswärtiges Amt

in Berlin.



Betrifft: Geschäftsvereinfachung; hier: Einstellung
der Lieferung der Blattsammlung der aus-
gebürgerten Personen.

Bezug: Ohne.

Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung, Material- und Personaleinsparung wurde die Lieferung der Blattsammlung der ausgebürgerten Personen mit sofortiger Wirkung eingestellt. Die 213. Lieferung zur Liste der ausgebürgerten Personen war die letzte zur Verteilung gelangte Blattsammlung. Ab 327. Ausbürgerungsliste veröffentlicht durch Bekanntmachung vom 6.9.1944 im Reichsanzeiger Nr. 229 vom 12.10.1944 sind zum Ausgleich für die fortfallende Blattsammlung neben den Personalien der ausgebürgerten Personen zusätzlich der letzte inländische Wohnsitz und, soweit die Personen nicht im Reichsgebiet gewohnt haben, der jetzige ausländische Aufenthaltsort veröffentlicht worden. An Hand dieser Unterlagen können erforderlichenfalls, da eine zentrale Auskunftserteilung durch das RSHA nicht in Betracht kommen kann, die benötigten Angaben selbst entnommen werden. Ich bitte daher, die Auswertung der Reichsanzeiger (zu beziehen bei der Geschäftsstelle des Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeigers, Berlin SW 68, Wilhelmstr. 32), soweit erforderlich, von dort bzw. bei der für den Geburtsort und letzten inländischen Wohnsitz des jeweiligen Ausbürgerungsfalles zuständigen Stelle vornehmen zu lassen.

In Vertretung:

gez.: M ü l l e r .



Beglaubigt:

Kanzleifangestellte
Kanzleifangestellte.

Be

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



387


(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat I.H.H.



Politisches Archiv

Auswärtiges Amt

125/2

Inland II A / B

Akten

betreffend:

Verlust der Protektoratsangehörigkeit.

vom 1940

bis 1944

Bd.

s. Bd.

83-76 Sdh.VI

388

Reichssicherheitshauptamt

IV B 4 b

-

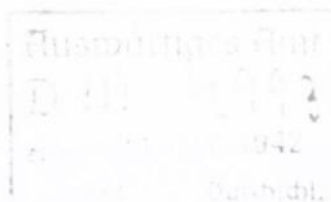
1074/42

Bitte in der Antwort aufstehendes Geschäftszeichen und Datum
anzugeben

Berlin SW 11, den 17. August 1942

Prinz-Albrecht-Straße 8

Fern(ruf)nummer: Ostseebereich 120040 - Fernschreiber 126421



Berlin, den

An das

Auswärtige Amt,

z.Hd. von Herrn Gesandtschaftsrat Dr. Klingenfuß,

B e r l i n .

Betrifft: Verlust der Protektoratsan-
gehörigkeit für Juden.

Bezug: Ohne.

Wie hier bekannt geworden ist, soll eine Anzahl von deutschen Konsulaten in Rumänien die 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz dahin ausgelegt haben, daß auch die protektoratsangehörigen Juden ihre Staatsangehörigkeit verloren hätten. Diese Konsulate sollen daraufhin die Pässe der Protektoratsjuden eingezogen haben. In Anbetracht der in Kürze erscheinenden Verordnung über den Verlust der Protektoratsangehörigkeit bitte ich, es bei der Handhabung der Konsulate in Rumänien zu belassen. Der Verordnungsentwurf sieht u. a. vor, daß ein Jude die Protektoratsangehörigkeit verliert, wenn

*Vertung für den nach
Rumänien ist bereits eingegangen*

*SA
Pex/8*

ulig Loh VI

./.

Die Ubereinstimmung des ~~vor~~/ umstehenden Textes mit der bei den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts befindlichen Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

24. Juni 1968




(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat J. M.

389

er beim Inkrafttreten dieser Verordnung seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hat oder künftighin dort nimmt.

Im Auftrage:

gez. S u h r



Beglaubigt:

Kanzleiangestellte

Die Ubereinstimmung des ~~vor~~/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



390


(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat *I.M.*

2439/3

Berlin, den 23. März 1943

D III

Betr.: jüdische Mischlinge I. Grades
im Auslande. -

85 1674
Ich beziehe mich auf das in der Anlage in Abschrift
beigefügte Schreiben des Chefs der Sicherheitspolizei
und des SD vom 23.2.43 - und wäre für eine grundsätzliche
Stellungnahme zu der darin enthaltenen Ansicht, jüdische
Mischlinge nach Möglichkeit aus dem Auslande in das Reich
zurückzuführen, dankbar.

Bisher wurde nämlich seitens des Auswärtigen Amtes
die Praxis verfolgt, dass auf die jüdischen Mischlinge,
deren mögliche Ausbürgerung ins Auge gefasst worden ist,
kein Druck wegen ihrer Rückkehr in das Reich auszuüben
sei. Es wurde an sie lediglich die Aufforderung gerich-
tet, zurückzukehren, und im Falle der Weigerung, die mei-
stens eintrat, wurde ohne weiteres Antrag auf Ausbürgerung
gestellt.

Wenn man nun allgemein an der zwangsweisen Rückfüh-
rung der jüdischen Mischlinge dort, wo sie infolge unse-
rer politischen Beziehungen zu den betreffenden Ländern
möglich ist, ein Interesse hat, dann müsste die ganze
gegenwärtig im Gange befindliche Aktion der Ausbürgerung
von jüdischen Mischlingen I. Grades möglicherweise anders
aufgegriffen werden.

Im Auftrag

An das
Reichssicherheitshauptamt
z.Hd.v.Obstufabf. Eichmann
Berlin W 35
Kurfürstenstr. 116

27.11.43
ab 27/3.43
10.11.43

Die Übereinstimmung des ~~vor~~/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



391

Sasse
(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat I. Hl.

Politisches Archiv

Auswärtiges Amt

Inland II A/B

124/2

Akten

betreffend:

Ausbürgerungen von Juden im besetzten
Gebiet Frankreichs.

vom 1940

bis 1943

Bd.

s. Bd.

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 6. 7. 67

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



116

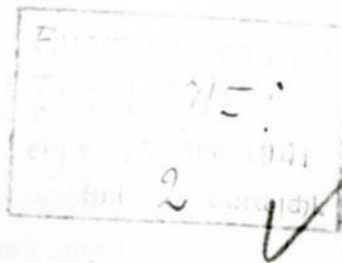
eing. 14 APR 1941

Deutsche Botschaft
Konsulateabteilung

Ambassade d'Allemagne
Section Consulaire

3815/DR 3 Nr.2/40

Paris (6^e), den 10. April 1941.
2, rue Guyssmans



Betrifft: Ausstellung von Ausweispapieren an
reichsdeutsche Juden in Frankreich
zum Zweck der Auswanderung nach Übersee.

Doppel.

- Der Konsularabteilung der Botschaft gehen in der letzten Zeit seitens der innerdeutschen Behörden Pässe, Heimatscheine polizeiliche Führungszeugnisse und ähnliche Ausweispapiere in immer größerem Maße mit der Bitte um Weiterleitung an die entsprechenden reichsdeutschen jüdischen Antragsteller im besetzten und unbesetzten Gebiet Frankreichs zum Zwecke der Erleichterung der Auswanderung zu.

Eine Weiterleitung dieser Papiere ist bisher aus den nachstehenden Gründen nicht vorgenommen worden:

- 1.) Gemäss Erlass vom 16. Oktober v.J. - D III 4222 - sollen sämtliche Juden, die sich im besetzten Gebiet Frankreichs aufhalten, kollektiv ausgebürgert werden, ein Verfahren, das sich, wie ich annehmen darf, in der gleichen Weise auch auf die zahlreichen, jetzt im unbesetzten Gebiet Frankreichs lebenden Juden zu erstrecken hat. Gerade unter den Letztgenannten befinden sich diejenigen Juden, auf die der § 2 des Gesetzes vom 14.7.1933 betr. Verstoß gegen die Treuepflicht besonders Anwendung findet. Eine erste Ausbürgerungsliste ist bereits mit Bericht vom 1.11.v.J. - K 2874/DR 3 Nr.3 Tgb.477 - eingereicht worden. Eine zweite Liste ist gegenwärtig hier in Bearbeitung und wird in Kürze mit einem entsprechenden Bericht dem Auswärtigen Amt vorgelegt werden. Diese Juden mit neuen, gültigen Ausweispapieren zu versehen, deren mißbräuchliche Benutzung nicht ausgeschlossen ist, dürfte hiernach kaum in Frage kommen.
- 2.) Bezüglich der Auswanderung von reichsdeutschen Juden aus dem unbesetzten Gebiet nach Übersee ist mit dem Judenreferenten des hiesigen Beauftragten der Sicherheitspolizei und des SD vereinbart worden, daß Auswanderungen z.Zt. möglichst unterbunden werden sollen, damit die vorhandenen knappen Passage-Möglichkeiten für Juden aus dem Reichsgebiet zur Verfügung bleiben. Auf den hier in Abschrift vorliegenden Erlass vom 5.2.d.J. - Abt. Deutschland D V/A - an den Vertreter des AA bei der Wako darf in diesem Zusammenhang hingewiesen werden.

Zur

An

das Auswärtige Amt

B e r l i n

allg. Wahn

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

6.7.67

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



117

Zur Durchführung dieser Maßnahmen muss d.E. die Ausstellung von Personalpapieren an Juden im besetzten und besonders im unbesetzten Gebiet Frankreichs zum Zwecke der Auswanderung unterbleiben. Vonseiten innerdeutscher Behörden, so z.B. vom Reichsstatthalter in Wien wird demgegenüber darauf hingewiesen, daß die Ausstellung von Heimatscheinen nach einem Erlass des Reichsministers des Innern vom 1.9.1938 I e 5365/38
5000 Oe nur solchen Personen versagt werden kann, die straffällig sind oder steckbrieflich verfolgt werden. Dem Reichsstatthalter in Wien ist darauf von der Konsularabteilung der Botschaft geantwortet worden, daß die Voraussetzungen des § 2 des Gesetzes vom 14.7.1933 bei allen in Frankreich lebenden reichsdeutschen Juden grundsätzlich vorliegen und daher die Ausstellung von Heimatscheinen für diese Personen nach Auffassung der Botschaft nicht in Betracht kommt.


Ich wäre für baldgefl., wenn möglich drahtliche Weisung dankbar, ob der vorbezeichnete Standpunkt der Botschaft seitens des Auswärtigen Amts geteilt wird oder, ob die Weiterleitung der Ausweispapiere an reichsdeutsche Juden im besetzten und unbesetzten Gebiet unbedenklich ist.

Mirring

Die Übereinstimmung des vor//
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 6.7.69




(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

118

Berlin, den 21. April 1941

Zu D III

315

Anlage ~~Vertrag~~

(zn 1. n. 2) Requellbrief.

~~Unter Doppel oder Abschrift des~~
~~Eingangs ist zu setzen~~

~~Berlin, den (wie oben)~~

bezüg.: zn 1. n. 2
2 Abschr. des Briefs.
- 2 -

In Abschrift

(Vertragsskizze)

hier ist der ~~Vertragsskizze~~ Vertrag
und der Vertrag

z. H. von Herrn Rademacher
mit Vertrag

Ref.: LR Rademacher

der Vertrag:

bei Vertrag (Skizze)

z. H. Vertrag

z. H. Vertrag

zur Kenntnis übersandt.

~~Im Auftrag~~

~~(Rademacher)~~

Mit Vertrag auf den Vertrag
sich der Vertrag Vertrag

Vertrag

ab 3) 23/4 1. n. 2
1) 22/4 2. n. 2
2) 23/4 2. n. 2

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

6. 7. 67

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



119

beurtheilt ist, daß der Hund.
grüßte der ^{König} ~~Druck~~ ^{Druck} ~~Druck~~
von A. A. geteilt wird.

Ich bitte, zu erwand-
len, daß seitens der im-
mediaten Behörden
Polizei, Gendarmerie,
polizeiliche Überwachungs-
ämter und ähnliche Anst.
unverzüglich zur Besch.
beurteilung der Verh.
Befehl in Paris zum
Zwecke der Verhütung
der Verbreitung von
Falsch nicht mehr über-
sehen werden.

Für eine Mitteilung über
den Verlaufs der Sache
ist dankbar sein.

Abdruck dieses Beschlusses
und des Briefes der Bot.

Sigast

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 6.7.67

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



(Hast loßst in dem Kaiserreich
 in der Provinz des Fünften und
 dem Kaiserlich-königlichen Land
 - II D 6 (neu) - 3. Gd. von
 Herrn Anton Friedrich von
 Hartmann zur Familie
 weisen gegeben.

F. O.

(Präsumptions)

(H. 2 a 4. b.) 2 Anlagen 2.

La Abschrift

(H. 2 a 4. b.)
 1. in der Provinz des Fünften
 2. in der Provinz des Fünften
 3. in der Provinz des Fünften
 4. in der Provinz des Fünften
 5. in der Provinz des Fünften
 6. in der Provinz des Fünften
 7. in der Provinz des Fünften
 8. in der Provinz des Fünften
 9. in der Provinz des Fünften
 10. in der Provinz des Fünften
 11. in der Provinz des Fünften
 12. in der Provinz des Fünften
 13. in der Provinz des Fünften
 14. in der Provinz des Fünften
 15. in der Provinz des Fünften
 16. in der Provinz des Fünften
 17. in der Provinz des Fünften
 18. in der Provinz des Fünften
 19. in der Provinz des Fünften
 20. in der Provinz des Fünften
 21. in der Provinz des Fünften
 22. in der Provinz des Fünften
 23. in der Provinz des Fünften
 24. in der Provinz des Fünften
 25. in der Provinz des Fünften
 26. in der Provinz des Fünften
 27. in der Provinz des Fünften
 28. in der Provinz des Fünften
 29. in der Provinz des Fünften
 30. in der Provinz des Fünften
 31. in der Provinz des Fünften
 32. in der Provinz des Fünften
 33. in der Provinz des Fünften
 34. in der Provinz des Fünften
 35. in der Provinz des Fünften
 36. in der Provinz des Fünften
 37. in der Provinz des Fünften
 38. in der Provinz des Fünften
 39. in der Provinz des Fünften
 40. in der Provinz des Fünften
 41. in der Provinz des Fünften
 42. in der Provinz des Fünften
 43. in der Provinz des Fünften
 44. in der Provinz des Fünften
 45. in der Provinz des Fünften
 46. in der Provinz des Fünften
 47. in der Provinz des Fünften
 48. in der Provinz des Fünften
 49. in der Provinz des Fünften
 50. in der Provinz des Fünften
 51. in der Provinz des Fünften
 52. in der Provinz des Fünften
 53. in der Provinz des Fünften
 54. in der Provinz des Fünften
 55. in der Provinz des Fünften
 56. in der Provinz des Fünften
 57. in der Provinz des Fünften
 58. in der Provinz des Fünften
 59. in der Provinz des Fünften
 60. in der Provinz des Fünften
 61. in der Provinz des Fünften
 62. in der Provinz des Fünften
 63. in der Provinz des Fünften
 64. in der Provinz des Fünften
 65. in der Provinz des Fünften
 66. in der Provinz des Fünften
 67. in der Provinz des Fünften
 68. in der Provinz des Fünften
 69. in der Provinz des Fünften
 70. in der Provinz des Fünften
 71. in der Provinz des Fünften
 72. in der Provinz des Fünften
 73. in der Provinz des Fünften
 74. in der Provinz des Fünften
 75. in der Provinz des Fünften
 76. in der Provinz des Fünften
 77. in der Provinz des Fünften
 78. in der Provinz des Fünften
 79. in der Provinz des Fünften
 80. in der Provinz des Fünften
 81. in der Provinz des Fünften
 82. in der Provinz des Fünften
 83. in der Provinz des Fünften
 84. in der Provinz des Fünften
 85. in der Provinz des Fünften
 86. in der Provinz des Fünften
 87. in der Provinz des Fünften
 88. in der Provinz des Fünften
 89. in der Provinz des Fünften
 90. in der Provinz des Fünften
 91. in der Provinz des Fünften
 92. in der Provinz des Fünften
 93. in der Provinz des Fünften
 94. in der Provinz des Fünften
 95. in der Provinz des Fünften
 96. in der Provinz des Fünften
 97. in der Provinz des Fünften
 98. in der Provinz des Fünften
 99. in der Provinz des Fünften
 100. in der Provinz des Fünften

a.) dem Kaiserlichen Land
des Fünften

b.) dem Kaiserlich-königlichen Land
 mit
 3. Gd. von Herrn Anton Friedrich
 von Hartmann
 - II D 6 (neu) -
 in der Provinz des Fünften

(H. 2 a 4. b.) zur Familie Hartmann.

F. O.

(Präsumptions)

Die Ubereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

6. 7. 67

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



121

To Alfred

14

Paris

auf den Brief vom 10. April
1941 - K 3815 D.
3 Nr. 2/40 - betr. An-
stellung von Arbeitsvergnägten
an reichshilff. Firmen in
Frankreich zum Zweck
der Arbeitsvermittlung nach
Erlaß, zum Antritt
überführt.

7, 22

(Proclamations)

2/6/4

July 16.

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 6.7.67

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



Politisches Archiv

Auswärtiges Amt

Inland II A / B

124/3

Akten

betreffend:

11. Verordnung zum Reichbürger =
gesetz.

vom 1942

bis 1944

Bd. .

s. Bd. .

83-76 Sdh. IV

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

6.7.67

Sasse

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



123

Antrag auf
Betr. Verlängerung des Reise-
passes Dr. H. von Zeissl.

Deutsche Gesandtschaft
D 1473 Bern, den 11. Juni 1942.

Abschriftlich - 2fach -

mit 1 Anlage - doppelt -

dem Auswärtigen Amt, B e r l i n
vorgelegt.

A.2.(4)10 - AN/Br

Im Auftrag
eing. 16. JUN 1942

Hnl. 1. Druck

Fedem

Unter Bezugnahme auf die geschätzte
Verbalnote vom 14. Januar d.J. (D 3843 II), mit welcher eine
Abschrift der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25.
November 1941 betreffend die Ausbürgerung von sich gewöhnlich
im Ausland aufhaltenden Juden übermittelt wurde, beehrt sich
das Eidgenössische Politische Departement, Abteilung für
fremde Interessen, der Deutschen Gesandtschaft, gestützt
auf ein Schreiben der Sonderabteilung der Schweizerischen
Gesandtschaft in London, folgenden Einzelfall zu unterbreiten:

Herr Dr. Hermann von Z e i s s l ,
zur Zeit wohnhaft Cotton College near Oakamoor, North Staf-
fordshire, ist mit der Bitte um Verlängerung seines am 17.
November 1938 in Wien ausgestellten Reisepasses (J) Nr. 44703
an die Sonderabteilung in London herangetreten. Der Petent
hat seinen Antrag mit der Behauptung begründet, dass das ein-
gangs erwähnte Ausbürgerungsdekret ihn nicht betreffe, da er
nur vorübergehend im Ausland verweile und seinen gewöhnlichen
Aufenthalt nach wie vor in Wien habe.

Das Departement darf der Gesandtschaft
in der Anlage Abschriften des in Frage stehenden Antrags des
Genannten überreichen, mit der Bitte, das Gesuch den zuständi-
gen deutschen Behörden zur Prüfung zu unterbreiten.

Bern, den 8. Juni 1942.

Beilagen:

1 Abschrift (3)



An die Deutsche Gesandtschaft

B e r n .

1473

Die Übereinstimmung des [✓] umstehenden Textes mit dem bei den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts befindlichen Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

6. 4. 67

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



Berlin, den 23. Juni 1942. H

zu D III 3539.

Auf einen besonderen Bogen ist zu setzen:

Ref.: Leg.-Rat RADEMACHER. 1.) In Durchschrift nebst 1 Anlage

dem Chef der Sicherheitspolizei und des
SD

beizufügen je ein Doppel
des Eingangs und der Anlage des
Eingangs.
- 2 -

mit der Bitte um ~~Feststellung~~ *Handlung*
an Dr. Hermann von Z E I S S L ~~als Jude anzu-~~
~~sehen ist überprüft.~~

~~Einer Mitteilung über das Ergebnis der
Feststellungen sehe ich zu gegebener Zeit ent-
gegen.~~

I. A.

gez. ROETHLIG

18/6

2.) Z. d. A.

18/6

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

6.7.69

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



125

A b s c h r i f t.

Dr. Hermann von ZEISSL,
Cotton College,
near Oakamoor, North Staffs.

May 1942.

An die Eidgenössische Gesandtschaft
in Grossbritannien und Nordirland,
Sonderabteilung,
Duke of York Steps,
London.

Unter Bezugnahme auf meine persönliche Vorsprache am
Freitag, den 1. Mai d.J. und auf die hierbei an mich gerichtete
Aufforderung, meinen Rechtsstandpunkt in Angelegenheit meiner
Staatsangehörigkeit schriftlich darzulegen, beehre ich mich
das Folgende auszuführen:

Ich bin am 2. Dezember 1888 als Sohn des Universitäts-
professors und Regierungsrates Dr. Maximilian Edlen von Zeissl
in Wien geboren und besitze durch Geburt und ununterbrochene
Rechtsnachfolge nach meinem Grossvater, Universitätsprofessor
und Regierungsrat Dr. Hermann Edl. von Zeissl, der als
österr. Staatsbürger geboren, das Wiener Heimatsrecht in den
Fünfzigerjahren des 19. Jahrhunderts erworben hat, das Heimat-
recht dieser Stadt. Ich habe hierüber der Gesandtschaft den
Heimatschein No. 163, ausgestellt vom Magistratischen Bezirks-
amt für den XIX Bezirk, Wien, am 17.V.1913 vorgewiesen, dessen
fortdauernde Giltigkeit durch ein Indorsat des "Besonderen
Stadtamtes" der Stadt Wien vom 31.X.1928 nachgewiesen erscheint.

Ich bin Katholik und Sohn katholischer Eltern, falle
jedoch zufolge des Wortlautes der als "Nürnberger Gesetze"
bekannten Bestimmungen und zufolge der Abstammung meiner
Grosseltern unter das Régime dieser Vorschriften.

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

6.7.67

(Dr. Sasse)
Vertragender Legationsrat



Ich trat am 5. Juni 1913 als Konzeptpraktikant der damaligen K.K. Polizeidirektion Wien in den Österreichischen Staatsdienst und wurde als Ministerialrat und Referent des Österr. Unterrichtsministeriums zufolge Dekretes dieses Ministeriums vom 23. April 1938, Zl.361/Pr. über mein eigenes Ansuchen gemäss § 80, Abs.2 der Dienstpragmatik vom 25.I.1914, R.g.Bl.No.15 mit Rechtswirksamkeit vom 30. April 1938 in den dauernden Ruhestand versetzt. In diesem Dekret, das ich der Gesandtschaft vorgewiesen habe, hat mir der nationalsozialistische Unterrichtsminister für meine "hingebungsvolle Dienstleistung" während meiner "vieljährigen Verwendung" den "Dank der Unterrichtsverwaltung" ausgesprochen und "Hiemit" seine "besten Wünsche für" meinen "ferneren Lebensweg" verbunden.

Gegen Ende des Jahres 1938 habe ich mich entschlossen, einer Einladung des "Carnegie Endowment for International Peace" zu einem Besuche in den Vereinigten Staaten von America und einer Vortragsreihe daselbst Folge zu leisten. Ich habe diese Einladung der Gesandtschaft vorgewiesen.

Ich habe sonach als Beamter des Ruhestandes den Oberfinanzpräsidenten von Wien um die Erlaubnis zum vorübergehenden Aufenthalte im Auslande zum Zwecke jener Vortragsreise gebeten und um die Anweisung meiner Pension an meine in Wien verbleibende Gattin während der Dauer meiner Abwesenheit ersucht. Mit Dekret des genannten Oberpräsidenten No. ^P₅ 3831/39 vom 14. Januar 1939, das ich der Gesandtschaft vorgewiesen habe, wurde mir hierauf eröffnet, dass mein vorübergehender Aufenthalt im Auslande keiner besonderen Erlaubnis bedürfe und dass meine Pension vom 1.II.1939 "vorläufig für 6 Monate" meiner Frau angewiesen werden würde.

Ich habe hierauf, versehen mit dem Reisepasse des Polizeipräsidenten von Wien No. 44703, ausgestellt am 17. November 1938 meine Reise am 20. Januar 1939 angetreten. Ich betone ausdrücklich, dass keine wie immer geartete Amtshandlung der deutschen Reichsbehörden gegen mich stattgefunden hat, dass niemals von irgendeiner Stelle eine Aufforderung an mich ergangen ist, die angestammte Heimat zu verlassen, dass ich

Die Übereinstimmung des ~~vor~~/ ^{vor}
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

6.7.69

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



127

demgemäss auch niemals zu einer Erklärung verhalten wurde oder eine solche abgegeben hätte, nicht zurückzukehren. Meine Abreise erfolgte vielmehr vollkommen freiwillig, ausschliesslich zu dem angegebenen, vorübergehenden Zwecke und ist mir keine wie immer geartete Rechtsbestimmung, noch auch ein Verwaltungsakt irgendwelcher Art bekannt, die meiner Rückkehr entgegenstehen würden.

Ich begab mich zunächst nach London: 1) Weil meiner sofortigen Einreise nach Amerika noch gewisse, mit den amerikanischen Einreisevorschriften zusammenhängende Schwierigkeiten formalrechtlicher Natur entgegenstanden und Anlass zur Annahme bestand, dass diese von der amerikanischen Botschaft in London leichter behoben werden könnten, als von dem damals unter besonderen Umständen arbeitenden Generalkonsulat der U.S.A. in Wien.

2.) Um in der Bibliothek des Britischen Museums meine Vorstudien zu den geplanten amerikanischen Vorträgen über die Geschichte des europäischen Universitätswesens zu ergänzen und abzuschliessen.

Die Behebung der Einreiseschwierigkeiten sowohl wie meine Studien nahmen viel mehr Zeit in Anspruch als vorausgesehen wurde, worauf mir der Oberfinanzpräsident Wien über mein neuerliches Ansuchen mit Dekret vom 14. Juli 1939, Zl. ^P₅ 3831/39 meinen "weiteren vorübergehenden Aufenthalt in England bis Jahresende" d.h. bis 31. Dezember 1939" zur Kenntnis nahm und die weitere Anweisung meiner Pension an meine Gattin anordnete. Ich habe dieses Dekret der Gesandtschaft vorgewiesen; es trägt den amtlichen "Betreff": "vorübergehender Aufenthalt im Auslande."

Am 3. September 1939, also lange vor Ablauf der im letztbezogenen Dekret erwähnten Frist brach der gegenwärtige Krieg aus. Seither bin ich durch die Kriegsverhältnisse, also durch Umstände einer "höheren Gewalt" am Verlassen dieses Landes gehindert; die Tatsache der nur vorübergehenden Abwesenheit von der Heimat erscheint durch die lange Dauer dieser "höheren Gewalt" nicht berührt. Ich habe denn auch

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

6.7.67

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



128

erfahren, dass die Finanzbehörden in Wien, die Tatsache der "höheren Gewalt", welche für Kriegsdauer meiner Rückkehr entgegensteht, anerkennt und die Pension nach dem 31. Dezember 1939 weiter an meine Frau angewiesen hat.

Ich bin für Kriegsdauer als Mitglied des Lehrkörpers des der römisch-katholischen Erzdiözese Birmingham gehörigen Cotton College, nächst Oakamoor, North Staffs., angestellt und unterrichte klassische Sprachen und alte Geschichte. Ich habe mich während der ganzen Dauer meines Aufenthaltes in Grossbritannien jedes Hervortretens, insbesondere jeder politischen Betätigung peinlichst enthalten, gehöre keiner wie immer gearteten Vereinigung an und stehe allen Bewegungen und Veranstaltungen von Emigrantenkreisen vollkommen fern. Ich nehme an, dass die Gesandtschaft in der Lage ist zu bestätigen, dass keinerlei solche Wahrnehmungen gegen mich gemacht wurden.

Ich glaube sonach den erfolgreichen Nachweis erbracht zu haben, dass meine Abwesenheit von Wien nach wie vor eine vorübergehende ist und meiner Rückkehr in die Heimat keine anderen Umstände als die einer noch fortdauernden, jedoch vorübergehenden "höheren Gewalt" entgegenstehen.

Unter diesen Umständen finden offensichtlich die nun erlassenen Bestimmungen über den Verlust der Staatsangehörigkeit bei nicht vorübergehender Abwesenheit aus dem Reichsgebiet auf mich keine Anwendung.

Ich beehre mich sonach abschliessend an die Eidgenössische Gesandtschaft in London das Ersuchen zu stellen, den anruhenden Reisepass zu verlängern.

Mit dem Ausdrucke meiner ausgezeichneten Hochachtung

(gez.) ZEISSL.

1 Beilage: Reisepass.

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

6. 7. 67

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



129

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

Berlin SW 11, den

23. Juli 1942

Prinz-Albrecht-Straße 8

Fernsprecher: Ostvorwahl 12 00 40 - Fernvorwahl 12 64 21

IV B 4 a - 2648/42

Bittet in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Auswärtiges Amt	
D III 4623	
eing. - 4. AUG 1942	
Anl.	Durchschl.

An das
Auswärtige Amt,

Berlin - W 8,
Wilhelmstr. 74/76.

Mia.

Weiterleiten an

D II ~~bittet um~~ Beteiligung

Berlin, den

Betrifft: Verbalnote des Eidg. Politischen Departements,
Abteilung für fremde Interessen betreffend den
in London lebenden Juden Dr. Hermann von Zeissl.

Bezug: Dort. Schreiben vom 23.6.1942 D III 3539.

Da nach der Entwicklung der Judenfrage dem zur
Zeit in London befindlichen Juden von Zeissl die Wiederein-
kehr ins Reichsgebiet nicht genehmigt werden wird, kann sein
Aufenthalt im Ausland nicht nur als vorübergehend angesehen
werden. Wie in allen gleichgelagerten Fällen von hier der
Standpunkt vertreten wurde, dass die 11. Verordnung zum Reichs-
bürgergesetz vom 25.11.1941 auf den Betreffenden (Verlust der
Staatsangehörigkeit und Vermögensverfall) Anwendung finden
muss, kann auch zu Gunsten des Zeissl keine Ausnahme gemacht
werden.

Beglaubigt:

Brüning
Kanzleiangest.



Im Auftrage:
gez. Hunsche.

Re,

Handwritten signature

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

6. 7. 67



(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



130

Betr. Ausbürgerungsangelegen-
heit E.W. Israel Edel in
England.

Auswärtiges Amt

D 111 1592

eing. 12. AUG 1942
t. Hnl. 2. Vorgelegt.

A.2.(4)10.Edel. - U/Ra.

Deutsche Gesandtschaft
Edel spez. Bern, den 5. August 1942.

Abschriftlich - 2fach -

mit 1 Anlage - doppelt -

dem Auswärtigen Amt, B e r l i n.

Im Auftrag

Federer

Das Eidgenössische Politische Departe-
ment, Abteilung für fremde Interessen, beehrt sich, der
Deutschen Gesandtschaft nachstehend den der Sonderab-
teilung der Schweizerischen Gesandtschaft in London
unterbreiteten Ausbürgerungsfall des Herrn Dr.med. Ernst
Wilhelm Israel E d e l zu unterbreiten:

Herr Dr.med. Ernst Wilhelm Israel
Edel, geboren am 27. September 1899 in Berlin-Char-
lottenburg, zurzeit wohnhaft Cherry Knowle (Sunderland
Mental Hospital), Ryhope, Near Sunderland, Co. Durham,
ist mit dem Ansuchen an die Sonderabteilung herange-
treten, seine deutsche Staatsangehörigkeit behalten
zu dürfen. Der Petent stellt sich auf den Standpunkt,
dass er zwar Jude aber nicht Auswanderer sei, da er am
18. Mai 1933 zu Studienzwecken nach England kam. Seine
praktische Lerntätigkeit sei bei Kriegsausbruch noch
nicht abgeschlossen gewesen, und er sei zurzeit lediglich
durch die Vorschriften der englischen Behörden verhindert,
nach Deutschland zurückzukehren.

Beigeschlossen findet sich eine Ab-
schrift des der Sonderabteilung von Herrn Dr. Edel
unterm Datum des 6. Juni 1942 zugegangenen Antrags.

Das Departement darf die Gesandt-
schaft bitten, ihm zu gegebener Zeit die Stellungnahme
der deutschen Behörden bekanntgeben zu wollen.

Beilage:

1 Antrag (3).

Bern, den 31. Juli 1942.

An die Deutsche Gesandtschaft,

B e r n .



Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 6.7.69


(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



KOPIE.

MD.

56, South Hill Park,
London, N.W. 3.
6. 6. 42.

Hierdurch möchte ich den Antrag stellen, meine Staatsangehörigkeit behalten zu dürfen und mich nicht vom Gesetz vom 25. November 1941 betroffen zu erklären, da ich nur vorübergehend im Ausland bin.

Ich bin am 27.9.1899 in Berlin-Charlottenburg als Sohn des Arztes Dr.med. Max Leopold Israel Edcl geboren und werde, so weit mir bekannt ist, als nicht arisch betrachtet. Ich habe Reisepass Nr. 3673 ausgestellt in London am 29. August 1938 und nach Mitteilung meines inzwischen verstorbenen Vaters soll auch kein Grund vorliegen, warum ich nicht wieder nach Deutschland zurückfahren könnte.

Ich kam am 18.5.33 nach England für den Zweck, mich medizinisch weiter auszubilden und meine Studien und die praktische Lernfähigkeit war bei Kriegsausbruch noch nicht abgeschlossen, es war aber aus Gründen, die nicht unter meiner Kontrolle stehen, nämlich den Vorschriften der englischen Behörde, mir nicht mehr möglich, nach Hause zurückzukehren. Die Frage meines vorübergehenden Aufenthaltes im Ausland ist übrigens meines Wissens von der zuständigen Devisencentrale geprüft und anerkannt worden, da mein Vater mir regelmäßig jeden Monat im Einverständnis mit der betr. Amtsstelle die Studiengelder überwiesen hat.

Meine Anschrift ist vom 7. Mai 1942

Dr. E. Edcl, House Physician, Cherry Knowle (Sunderland Mental Hospital), Ryhope, Near Sunderland, Co. Durham.

In der Hoffnung, dass der Antrag genehmigt wird, verbleibe ich mit dem Ausdruck meiner vorzüglichsten

Hochachtung

(Sig.) Dr.med.

Ernst Wilhelm Israel
Edcl.

12/11/42 4292

Die Ubereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

6. 7. 67

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



Stm. von 15. Aug. 42.

Wm

gr-DH 4792

Hof. GR. Klingenfuss

Hj.

1.) Auf ein Segel der fängung:

bestehen die
mit X u. X bei
bestehen Segel.

In Schrift - nach Lage -

dem

1. 550 Auf der fängung
mit der

mit der fängung
bestehen, so der fängung
bestehen fängung
§§ 1 u. 2 der fängung
bestehen fängung
mit der fängung
mit der fängung

mit der fängung
mit der fängung
mit der fängung

702.

2) Auf ein fängung
mit der fängung

7192

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amts befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

6. 7. 69



(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



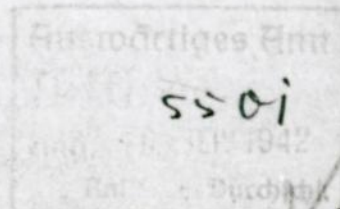
**Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

IV B 4 b-4

E. 1583

Bitte in der Antwort vorliegendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 9. September 1942
Dein-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 12 00 40



Weiterleiten an

D II (Mitt.)

Berlin, den

15.9.42

An das

Auswärtige Amt

in Berlin W 8.
Wilhelm Str. 74-76.

Betrifft: Elfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom
25.11.1941 (RGBl. I, S. 722); hier: den Juden
Ernst Wilhelm Israel E d e l, geb. am
27.9.1899 in Charlottenburg.

Bezug: Schreiben vom 15.8.1942 - D III 4792-.

Der Jude E d e l, zur Zeit in London wohn-
haft, hat auf Grund der Bestimmungen der §§ 1 und 2
der obengenannten Verordnung die deutsche Staatsange-
hörigkeit verloren.

Im Auftrage:

gez. Hunsche.

Beglaubigt:

Shwarskow
Kanzleiangestellte.



Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

6. 7. 67

Sasse

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



134

34257

N

X

2

H/Hp.

26. Februar 1942.

An den

Chef der Sicherheitspolizei u. S.D.

Berlin SW 11

Prinz Albrechtstrasse 8.

B.

VIC 294640)
 2VIC 294641) Dr. Ludw.
 UmVIC 294642) Thalheimer.
 Vic 814497)

Herr Dr. med. Ludwig Thalheimer, früher wohnhaft gewesen in München, Donnersbergerstrasse 1, jetzt unbekannten Aufenthalts in Italien (Jude) hat bei uns 4 Versicherungen abgeschlossen, worauf verschiedene Prämien rückständig sind.

Nach einer Angabe der Devisenstelle München (Herr Dr. Glomens) wurde uns durch den Beauftragten der Frau Dr. Thalheimer, Herrn Josef Wildenauer, München, Ludwigstr. 25/IV, der früher die Prämienzahlungen bereinigte, mitgeteilt, dass die Entscheidung über die Freigabe entsprechender Mittel nun bei Ihnen liegen würde.

Wir erlauben uns daher Ihnen einliegend eine Zusammenstellung der bis jetzt fällig gewordenen Prämien, gerechnet auf den 30.III.1942, in Höhe von

RM 757.15

zu überreichen mit der Bitte, genehmigen zu wollen, dass dieser Betrag aus dem Konto des Herrn Josef Wildenauer bei der Bank für Haus- und Grundbesitz in München bezahlt werden darf. Herr Wildenauer hat mit der Genehmigung - Hausverwalterbewilligung - der zuständigen Devisenstelle die Hausverwaltung über das Herrn und Frau Dr. Thalheimer gehörige Haus an der Donnersbergerstr. 1 in München übernommen.

2 Originaldurchschläge
 1 Prämienzusammenstellung

20.III.42.H.

Blatt 2.

Am 30.03.42

Tel. Th. 15/42

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

6. 7. 67

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



135

den Chef der Sicherheitspolizei u. S.D., Berlin SW 11.

2.

Betr.: 294640, 1.2. 814497 Dr. Thalheimer.

Frau Thalheimer, die sich infolge Erkrankung in Ora/Trento, via Nazionale 49, aufhält, ist seit dem 29. 12.1938 für alle 4 Versicherungen "Versicherungsnehmerin", weshalb ihr alle Rechte und Pflichten aus den Versicherungsverträgen zustehen. Nach Angabe des Herrn Wildenauer besitzt Frau Thalheimer eine Bestätigung des Deutschen Konsulats in Mailand über die in Italien betroffene Erkrankung.

Zu den einzelnen Versicherungen geben wir noch folgende Auskunft:

VIC 294640.

Die Lebensversicherung wurde am 4.7.1925 mit RM 6.000.-- auf die Dauer von 22 Jahren abgeschlossen. Das versicherte Kapital ist im Ablebensfalle sofort, sonst spätestens am 4.7.1947, fällig. Die letzte Prämienzahlung wurde auf den 1.4.1947 festgesetzt. Die Prämienzahlungen wurden vierteljährlich vereinbart.

Die Begünstigung lautet im Erlebensfalle auf den Versicherten (Herrn Dr. Ludwig Thalheimer) selbst, im Ablebensfalle ist Frau Dr. Thalheimer unwiderruflich begünstigt.

UmVIC 294641.

Die Lebensversicherung wurde am 4.7.1925 mit ursprünglich sfrs.8.000.-- auf die Dauer von 22 Jahren abgeschlossen. Im Jahre 1935 wurde diese Währungsversicherung auf RM 6.560.-- mit einem Fremdwährungsanteil von sfrs.2.570.-- geändert, d.h., dass seinerzeit das versicherte Kapital mit einem Fremdwährungsbetrag von sfrs.2.570.-- und einem Reichsmarkbetrag von RM 4.453.-- zur Auszahlung gelangt wäre, wenn der Versicherungsfall eingetreten wäre. Am 12.12.1938 kam auf Grund des neuen Reichsgesetzes der Fremdwährungsanteil in Wegfall, sodass die reine Versicherungssumme nun auf RM 5.920.-- festgesetzt wurde. Die Versicherungssumme ist ebenfalls beim Tode sofort, spätestens aber am 4.7.1947 fällig. Die Prämienzahlungen wurden vierteljährlich vereinbart; die letzte Prämie ist am 1.4.1947 fällig.

Blatt 3.

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

6. 7. 67

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



136

Betr.: 294640.1.2. 814497 Dr. Thalheimer.

Die Begünstigung lautet wie bei der vorstehenden Versicherung.

Mv10 294642.

Die Lebensversicherung wurde am 4.7.1925 in U.S.A.-Dollar 2.500.- abgeschlossen. Nach den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung wurde auch diese Versicherung am 4.1.1935 auf Reichsmark umgestellt mit einem Fremdwährungsanteil von $\frac{1}{2}$ 640.-. Das versicherte Kapital betrug also RM 3.400.- + $\frac{1}{2}$ 640.-. Diese Vereinbarung musste durch ein neuerliches Gesetz geändert werden und zwar beträgt die Versicherungssumme ab 12.12.1938 RM 5.000.-, die am Ablebensfalle sofort, sonst spätestens am 4.7.1947 zur Auszahlung gelangt. Die Prämienzahlung wurde vierteljährlich vereinbart. Die letzte Prämie ist am 1.4.1947 zu entrichten.

Die Begünstigungsklausel lautet wie bei den vorangegangenen Versicherungen.

VnC 814497.

Die Lebensversicherung ist am 15.1.1935 mit RM 15.000.- mit einer Laufzeit von 20 Jahren abgeschlossen worden. Die Versicherungssumme ist im Ablebensfalle sofort, spätestens aber am 15.1.1955 fällig. Die Prämienzahlung wurde ebenfalls vierteljährlich vereinbart. Die letzte Prämienzahlung wird am 1.10.1954 fällig.

Die Begünstigungsklausel lautet für den Erlebensfalle auf den Versicherten selbst, für den Todesfall ist die Ehefrau, bei deren Fehlen der unmündige Sohn Walter unwiderruflich eingetragen.

Wir sehen der baldigen Genehmigung gerne entgegen.

Mit Deutschen Gruss!

SCHWEIZERISCHE
LEBENSVERSICHERUNGS- UND RENTENANSTALT
NIEDERLASSUNG FÜR DAS DEUTSCHE REICH

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

6.7.69

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



137

2 x

H/Hp.

14. April 1942.

An den

Chef der Sicherheitspolizei u.S.D.

B e r l i n S W 11

Prinz Albrechtstrasse 8.

B.

VIC 294640)
UmVIC 294641) Dr. Ludw.
UmVIC 294642) Thalhei-
VnC 814497) mer.

Mit unserem Schreiben vom 26.II.1942 baten wir
um die Genehmigung zur Freigabe der Mittel, die zur Bereini-
gung der Prämienrückstände in Höhe von

RM 757.15 - gerechnet zum 30.3.42 -
erforderlich sind.

Wir müssen nun feststellen, dass bis heute eine
Erledigung unseres Antrages nicht erfolgte. Zwischenzeit-
lich hat sich nun die Ihnen bekanntgegebene Summe um die
weiter: satzungsgemäss anfallenden Verzugszinsen erhöht.

Wir möchten Sie nun gebeten haben, Ihre Geneh-
migung zur Freigabe dergestalt auszufertigen, dass ein Be-
trag von RM 757.15 zuzüglich der noch fällig gewordenen
Säumniszuschläge ab 1.IV.1942 freigegeben wird.

Mit Deutschem Gruss!

25.4.42.H.

1.
Fu 3008

Die Übereinstimmung des Vor-
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des polnischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 6. 7. 67

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



Berlin, den 15. September 1942. *FF*

zu D III 5358.

Unter eine Abschrift des Eingangs ist zu setzen:

~~SCHNELLERIE!~~

Ref.: I.V. Ges.-Rat KLINGENFUSS. 1.) In Abschrift

9. 9. 1942
dem Chef der Sicherheitspolizei
und des SD.

mit Beziehung auf die dorthin gerichteten Schreiben der Schweizerischen Lebensversicherungs- und Rentenanstalt - Niederlassung für das Deutsche Reich - vom 26. Februar 1942 und vom 14. April 1942 mit der Bitte um Kenntnisaufnahme übersandt.

Ich wäre für baldige Mitteilung dankbar, in welcher Weise dem Antrage der genannten Versicherungsgesellschaft entsprochen worden ist.

I. A.

gez. KLINGENFUSS . . .

2.) Z.

Ab. 9. 12
A.

10. 11. 42
12. 11. 42

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

6.7.67

Sasse

(Dr. Sasse)

139

Vortragender Legationsrat



**Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

Berlin SW 11, den 5. Oktober 1942.
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: Ortsverkehr 12 00 40 - Fernverkehr 12 64 21

IV B 4 b-4 -- T. 2378 -

Bitte in der Antwort vorstehendes Geheimsiegel und Datum anzugeben

Erhöhtes Amt
D III 5965
eing. 18.10.1942
Ant. Durchg.
[Signature]

An das

Auswärtige Amt

Berlin W8.

Betrifft: Feststellung des Vermögensverfalls bei
dem Juden Ludwig Israel Th a l h e i -
m e r , geb. am 19.1.1887 in Frankfurt/M.

Bezug: Schreiben vom 15.9.1942 - D III 5358 -. 5621

Die Schweizerische Lebensversicherungs- und
Rentenanstalt - Niederlassung für das Deutsche Reich -
in München 23, Leopoldstrasse 8, hat Mitteilung erhalten,
dass der Jude Thalheimer ohne Vermögen ist und somit
eine Verfallsfeststellung aufgrund der Elften Verordnung
zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.1941 nicht notwendig ist.
Thalheimer hat bereits im Jahre 1938 seine gesamten Ver-
mögenswerte auf seine arische Ehefrau Josefina Thalheimer,
geb. Knoll, geb. am 22.6.1891 in Bozen, übertragen lassen.

Im Auftrage:

gez. B l u m .

Beglaubigt:

Blum

Finanzlei angestellte.



Sch. IV

Die Übereinstimmung des vor/
stehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 6.7.67

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



140

BONNA ES-DIN A 4

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

6. 7. 67

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



147

Berlin, den 23. August 1943. *Ho* zu Inl. II A 5892.

Inl. II A *7491* 143

Aug 2

1.) An

a.) das Reichsministerium des Innern,

SCHNELLBRIEF!

b.) das Reichssicherheitshauptamt

Inl. II A *7434* 143

- Sammelanschrift - je besonders -

Ref.: Leg.-Rat von T H A D D E N .

Die Deutsche Botschaft in Tokio hat hinsichtlich der Behandlung von jüdischen Mischlingen und nichtjüdischen Angehörigen von Juden wie folgt berichtet:

" Weisung und von hier betroffenen Personenkreis zusammen mit Polizeiverbindungsleiter, Konsularbehörde, Landesgruppe und Ortsgruppen eingehend geprüft. Im Einvernehmen mit Polizeiverbindungsleiter aus politischen Gründen notwendig, von Durchführung Ausbürgerungen in Japan während des Krieges abzusehen.

Rückwirkungen auf unsere Beziehungen zu Japan.

Wie Botschaft und Polizeiverbindungsleiter feststellen konnten, haben japanische Behörden die massenweisen Ausbürgerungen der Auslandsjuden durch Verordnung vom 25. November 1941 äußerst unangenehm empfunden, zumal Japaner unter heutigen Verhältnissen nicht in der Lage, staatenlos gewordene Personen aus ihrem Machtbereich abzuschicken. Weiterer größerer Umfang wie in Weisung vorgesehen würde daher bestimmt von japanischer Regierung als unfreundlicher Akt betrachtet werden, der nachhaltige Verstimmung hervorrufen würde. Es ist unbedingt geboten, diese Belastung der Beziehungen zu Japan zu vermeiden.

Rückwirkungen auf Verhalten der auszubürgernden Personen.

Wenn auch die in der Weisung genannten Personen zweifellos zum größten Teil dem Nationalsozialismus innerlich ablehnend gegenüberstehen, so haben sie doch das dringende Interesse, durch loyales Verhalten die Ausbürgerung mit ihren schweren Folgen zu vermeiden. Auch hoffen sie durch einwandfreie Haltung spätere Besserstellung zu erhalten. Diese mittelbare Garantie ihres Wohlverhaltens würde wegfallen, wenn sie nach ihrer Ausbürgerung vom Reich nichts mehr zu hoffen und nichts mehr zu verlieren haben.

Hinsichtlich der Ausbürgerung von jüdischen Mischlingen ersten Grades vertritt auch Landesgruppe Standpunkt,

daß

Vor Abgang:

Pol. VIII Japan *R-1818*

Recht I *W.V.*

Recht VIII *W.V.*

mit der Bitte um
Kenntnisnahme.

G.M. W.V.

W.V. in 6 Wochen

2.) Termin nach 14 Tagen n. F.
(Weisung nach Tokio).

46 ab 24.8. 80 b. Lr.

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amts befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

6. 7. 67



(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



daß mit Rücksicht auf das verbündete Gastland von dieser Möglichkeit in jedem Fall nur dann Gebrauch gemacht werden sollte, wenn ein offensichtlich staatsfeindliches Verhalten dieser Personen zur Ausbürgerung zwingt. Ein solches Verfahren liegt bisher in keinem Fall vor.

Die Ausbürgerung nichtjüdischer Ehepartner von Juden hat Landesgruppe als erwünscht bezeichnet, jedoch erklärt, daß entgegenstehende außenpolitische Rücksichten nur von Reichsvertretung entschieden werden könne. Obwohl volles Verständnis dafür vorliegt, daß Landesgruppe Ausbürgerung dieser Kategorie als erwünscht bezeichnet, muß doch aus oben dargelegten Gründen gebeten werden, Ausbürgerung jedenfalls bis Kriegsende zurückzustellen."

In Anbetracht der besonderen Verhältnisse in Japan hält es das Auswärtige Amt für wünschenswert, die Ausbürgerung jüdischer Mischlinge I. Grades und nichtjüdischer Ehepartner von Juden in Japan zunächst noch zurückzustellen und erst zu einem günstiger erscheinenden Zeitpunkt zur Durchführung zu bringen.

Die Botschaft in Tokio hat daher die Weisung erhalten, Ausbürgerungsanträge zunächst zurückzustellen, sofern nicht staatsfeindliches Verhalten im Einzelfall an die sofortige Durchführung des Ausbürgerungsverfahrens wünschenswert macht. Sollten dort Bedenken gegen diese Regelung bestehen, darf um Stellungnahme gebeten werden.

zu a) Auf das dortige Schreiben vom 30. Juni 1943 - I Sta R 5340/43 - 5013 -

zu b) Auf das dortige Schreiben vom 22. Juni 1943 - IV B 4 - 4419/43 -

zu a) und b) wird Bezug genommen.

Aus besonderen Gründen wird noch bemerkt, daß der vorstehend erwähnte Text des Berichtes aus Tokio unter keinen Umständen im Wortlaut weitergegeben werden darf.

gez. *Thiaden*

9.7.11/13

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 6. 7. 67



(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



149

**Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

IV B 4 a

4419/43

Wie in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben.

Berlin SW 11, den 11. September 1943
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: Ostvorwahl 120040 - Fernvorwahl 126421
Reichsbankgirokonto: 1/146 - Postfachkonto: Berlin 2386

Vig. *Inl. II A*
Weiterleiten an
Inl. II B bittet um Beteiligung
Berlin, den *15.9.1943*
An das

Inl. II A	<i>8434</i>
eing.	15. SEP. 1943
Anl. (fach)	Dopp. d. Eing.

Auswärtige Amt
z.Hd. von Herrn Legationsrat von Thadden

Berlin W 8,
Wilhelmstr. 74 - 76.

Betrifft: Ausbürgerung von jüdischen Misch-
lingen und nichtjüdischen Angehö-
rigen von Juden.

Bezug: Schreiben vom 23.8.1943 - Inl. II A -
5892 Ang. *2*

Der der Deutschen Botschaft in Tokio
nach dem vorbezeichneten Schreiben erteilten
Weisung, die Ausbürgerung der in Japan noch
ansässigen jüdischen Mischlinge und nichtjüdischen
Angehörigen von Juden zunächst zurückzustellen,
sofern nicht staatsfeindliches Verhalten im Einzel-
falle die sofortige Durchführung des Ausbürgerungs-
verfahrens wünschenswert erscheinen lässt, stimme
ich zu.

Im Auftrage:

H. G. G.

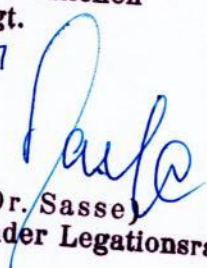
3-76 a

*mit
II A 5892
die dort
ersten Erst.*

*WARM
F. H. G.*

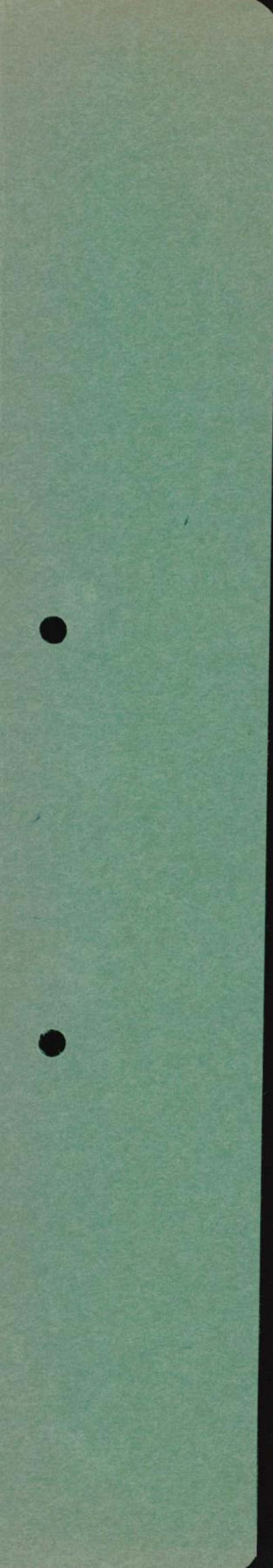
Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 6. 7. 67


(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat





31/135

Auswärtiges Amt

Inland II-A/B

L

J

Betreff:

jüdische Mischlinge
und Mischheken.

Band: /

vom 19 43,

bis 19 44.

Forts. Band: /

83 - 76

**))

*) Raum für farbiges Unterklebeschild (Inland, R 230 bis R 236), für Vertretungsstempel (Ausland).

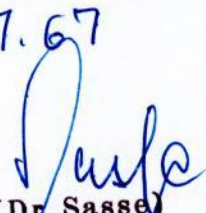
**) Raum für Geschäftszeichen der abgegebenen Registratur.

387/4

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

6. 7. 67


(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



141

**Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

- IV D 3 c - G. 2766. -

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 18. Mai 1943.

Prinz-Albrecht-Straße 8

Sprechstunde: Ortsverkehr 12.00-4.00 Fernverkehr 12.00-2.00
Reichsbankgirokonto: 1/146 Postfachkonto: Berlin 2386

An das

Auswärtige Amt,

in B e r l i n .

Betrifft: Den Mischling 1. Grades Ernst Goldstein,
geb. am 23.4.1901 zu Berlin, und dessen deutsch-
blütige Ehefrau Margarete Goldstein geb. Vendt,
geb. am 4.7.1906 zu Berlin-Charlottenburg.

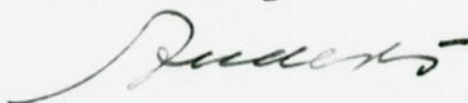
Bezug: Schreiben vom 13.3.1943 - D III 2110 - und vom
9.4.1943 - D III 2740 -. 3416

Ernst Goldstein und seine Ehefrau be-
sitzen die deutsche Staatsangehörigkeit. Sie waren zuletzt
in Berlin-Charlottenburg, Karolingerplatz 3, wohnhaft.
Der Ehemann hat sich am 23.6.1939 und die Ehefrau am
11.12.1939 nach Mukden abgemeldet. Über die Eheleute Gold-
stein ist bisher nichts Nachteiliges bekannt geworden.

Die Heimschaffung der Genannten ist zwar er-
wünscht, läßt sich jedoch unter den gegebenen Umständen
nicht durchführen. Ich bin daher mit der Erteilung kurz-
fristiger Reisepässe einverstanden und habe in sicherheits-
polizeilicher Hinsicht auch keine Bedenken, daß den Ehe-
leuten Goldstein der Schutz des Reiches gewährt wird.

Über die dort getroffene Entschliebung und jede
etwaige Wohnsitzveränderung der Eheleute Goldstein bitte
ich, mich zu gegebener Zeit in Kenntnis zu setzen.

Im Auftrage:



bae

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den

5. 12. 1966

Sasse

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



38

Druck als Konzept/Hb.

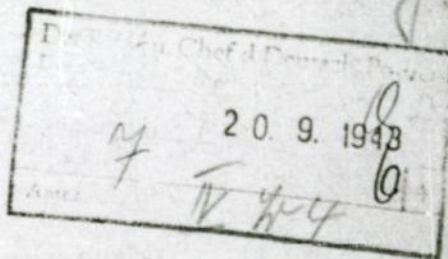
Berlin,

30.
den 14. September 1943

Inl.II A 7363

Auf den Bericht vom 30.8.1943
Nr. K/Dr.Wolff -

Betr.: Umzugskosten Dr.Hans Erwin Wolff.



Der Gewährung eines Kredites für Durchführung der Übersiedelung kann diesseits nicht zugestimmt werden. Dagegen ist das Auswärtige Amt im Einvernehmen mit dem Reichssicherheitshauptamt damit einverstanden, daß Wolff für die Rückkehr nach Deutschland eine Nachfrist von längstens 3 Monaten gesetzt wird. Sollte er innerhalb dieser Frist nicht die Möglichkeit gefunden haben, die Umsiedelungskosten aufzubringen oder den erforderlichen Transfer aus seinen inländischen Mitteln in die Wege zu leiten, hat er die Wahl zu treffen zwischen Verkauf eines Teiles seines Mobiliars zur Finanzierung des Umzuges des Restgutes oder unverzügliche Ausbürgerung.

Ich bitte, über die Aufwendungen zu und den zeitlichen Aufwand
Im Auftrag
gez.v.Thadden

Abg.:

pl.IV
z.Mitz.

15/9

G.:

Reichssicherheitshauptamt,
IV, z.Hd. von Obersturmbannführer Eichmann o.V.i.A.
mit der Bitte um Zustimmung.

folgt

R.A.

An

die Deutsche Gesandtschaft
in Bukarest

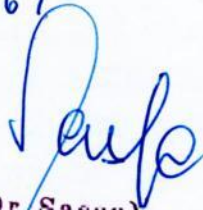
Wunder

./.

Die Ubereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

6. 7. 67



(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



142

Reichssicherheitshauptamt

Berlin, den 25. September 1943

IV B 4 a-3

4872/43

Vlg. *Jul. 11/10*

Weiterleiten an

Int. II B bittet um Beteiligung

Berlin, den *29.9.43*

Mit der Weisung an die Deutsche Gesandtschaft in Bukarest besteht an sich Einverständnis, jedoch bitte ich, die vorgeschlagene Frist von 3 Monaten auf die Hälfte, also auf 1 1/2 Monate, festzusetzen. Gleichzeitig bitte ich um Mitteilung der Personalien des **W o l f f** und seines zukünftigen Wohnortes.

Im Auftrage:

E. M. A.

*Wenn die Geld-
überweisung
gem. Bericht 3
Monate dauert,
ist eine Verlänge-
rung um 1 1/2 Monate
sinnlos. Es bleibt daher
bei 3 Monaten.*
11/10

*H. H. R. Ginzler
(Wegen Personalien + Wohnort
rückfrage). *11/10**

Die Ubereinstimmung des ~~vor~~/umstehenden Textes mit der bei den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes befindlichen Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

6. 7. 67

Sasse
(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



143

87 26

11. 07. 1941

Vorg. 7602/1

itt.

2. im Original an Abt.

N

Fernschreibstelle

des

Auswärtigen Amts

Telegramm eingeg. vo

S BUKAREST NR 458 16/10 12.30 =

AUSW. BERLIN =

NR ~~5634~~ = 6004

OFFEN =

AN DEN CHEF DER SIPO UND DES SD Z, HD, V, SS-O, STUBAF,
EICHMANN B E R L I N SW 62 KURFUERSTENSTR,
116.

BETRIFFT: ABSCHIEBUNG DES REICHSDEUTSCHEN MISCHLINGS

1. GRADES DR. HANS ERWIN W O L F F , GEB. 4.12.00. IN
HEIDELBERG, BUECHERREVISOR, VERH., EVANG., BISHER
WOHNHAFT BUKAREST, VORG.: OHNE, W O L F F WAR
FRUEHER IN STUTTGART, MOLTKESTR. 16 WOHNHAFT, VON
1931 - 1933 WAR ER BEI DER MAEDCHENHANDELSSCHULE IN
STUTTGART ALS ASSESSOR BESCHAEFTIGT UND WURDE NACH DER
MACHTERGREIFUNG WEGEN SEINER NICHTARISCHEN ABSTAMMUNG
AUS DEM SCHULDIENTST ENTLASSEN, SEINE MUTTER THEODORE
WOLFF WAR MIT DEM JUDEN OSKAR WOLFF VERHEIRATET, AM
4.11.1933 REIST DAS Ehepaar WOLFF NACH ZUERICH AUS UND
NAHM DORT ALS ANHAENGER DES MARXISMUS AN MARXISTISCHEN
VERSAMMLUNGEN TEIL, GEGEN DIE MUTTER DES DR. HANS ERWIN
WOLFF SCHWEBT DAS AUSBUERGERUNGSVERFAHREN, -

DR. HANS ERWIN WOLFF WURDE ANFANG DES JAHRES VON MIR
AUFGEFORDERT, AUF GRUND DES ERLASSES VOM 30.1.43. UEBER
DIE BEHANDLUNG DER MISCHEN UND MISCHLINGE, IN DAS
REICH ZURUECKZUKEHREN, EIN VON IHM DAMALS BEIM DIREKTOR

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 6.7.69

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



144

II

DES REICHSSIPPENAMTES EINGEREICHTES GESUCH WURDE DAHINGEHEND
ENTSCHIEDEN, DASS EINE ERB- UND RASSENKUNDLICHE
UNTERSUCHUNG DES DR. HANS ERWIN WOLFF ABGELEHNT WURDE UND
WOLFF ALS MISCHLING 1. GRADES ZU BETRACHTEN IST,-

DIE RUECKFUEHRUNG DES DR. HANS ERWIN WOLFF WURDE IN
ZUSAMMENARBEIT MIT DEM RUECKWANDERERAMT DER LANDESGRUPPE
EINGELEITET, WOLFF HAT NUN MIT SEINER FAMILIE (FRAU IST
REICHSDEUTSCHE UND ARISCHE ABSTAMMUNG) AM 14.10.43.,
RUMAENIEN VERLASSEN UND REIST UEBER WIEN NACH BAD HOMBURG
VON DER ~~HIERHER~~ ^{W. d. R. H. d. R.} WO SEINE FRAU VORLAEUFIG WOHNUNG NEHMEN WIRD,
ER SELBST GAB AN, DASS ER IN DEUTSCHLAND BEI DER KONTINENTALEN
TREUHANDGESELLSCHAFT M.B.M.H., BERLIN UND DUESSELDORF
EINTRETEN KOENNE,-

WOLFF HAT SICH WAEHREND SEINES AUFENTHALTES IN RUMAENIEN
BALKANSITTEN ANGEWOEHNT, ER HAT SICH DERARTIG ARROGANT UND
DER GESANDTSCHAFT GEGENUEBER ANMASSEND BENOMMEN, DASS ER
WIEDERHOLT WEGEN DIESES VERHALTENS ZURECHTGEWIESEN WERDEN
MUSSTE, SEINE RUECKKEHR INS REICH NAHM ER ZUM ANLASS,
UM IM 'BUKARESTER TAGEBLATT' AM 15.10. EINE ANZEIGE
LOSZULASSEN, IN WELCHER ER ALLEN FREUNDEN UND BEKANNTEN BEI
SEINER RUECKKEHR INS REICH 'AUF WIEDERSEHEN' ZURUFT,
DIESE EINMALIGE UND HIER NICHT UEBLICH AUFMACHUNG DER
ANZEIGE DES HALBJUDEN DR. WOLFF LAESST GEWISSE RUECKSCHLUESSE
AUF SEINE POLITISCHE KONZEPTION ZU, NACH VORLIEGENDEN
INFORMATIONEN IST WOLFF ANGLOPHIL EINGESTELLT, IN DIESEM
ZUSAMMENHANG SEI BEMERKT, DASS WOLFF FRUEHER ALS
ESPERT-BUCHHALTER BEI EINER ENGLISCHEN VERSICHERUNGSFIRMA
ANGESTELLT WAR UND SEINE MUTTER, GEGEN DIE DAS

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 6.7.67

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



145

III
AUSBUERGERUNGSVERFAHREN SCHWEBT, SICH IN LONDON
AUFHAELT, -

AUF GRUND DES VERHALTENS DES HALBJUDEN DR. HANS
ERWIN WOLFF BITTE ICH, IHN NACH SEINER RUECKKEHR
ENTSPRECHENDEN SICHERHEITSPOLIZEILICHEN MASSNAHMEN ZU
UNTERWERFEN. DIE HIESIGEN VORGAENGE UEBER WOLFF WERDEN
NACHGEREICHT, RICHTER V KILLINGER ++

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 6. 7. 67

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



Jul. TAB

83-79a

Auswärtiges Amt

Inland II-A/B

297

Betreff:

"Die Schuldlosen"

Zeitungsausschnitte der
alliierten Presse.

Band:

3

vom

19 43

bis

19 44

Forts. Band:

83 - 79 a

**)

*) Raum für farbiges Unterklebeschild (Inland, R 230 bis R 236), für Vertretungsstempel (Ausland).

**) Raum für Geschäftszeichen der abgegebenen Registratur.

Die Übereinstimmung des vor-
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 5. 12. 66

Sasse



(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

[Large handwritten signature]

A 3608

Berlin, den 26. Oktober 1944.

Inl. II

- 1 Anlage -

Einliegend wird unter Rückerbittung ein Artikel aus der New Yorker Zeitung "Aufbau" zur Kenntnisnahme übersandt. Artikel dieser Art haben in der letzten Zeit die ausländische Presse erheblich gefüllt und sind auch jetzt noch laufend zu beobachten.

Im Auftrag

gez. von Thadden

An

das Reichssicherheitshauptamt
z.Hd.Obersturmbannführer Eichmann
oder Vertreter

in Berlin.

Kurfürstenstr. 116.

ML 26/10

ab: 28. Okt.

83-79 A

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



Incl to AIR

84 - 37

Auswärtiges Amt

Inland II-A/B

Betreff:

Interventionen
betr. Italien.

Band: _____

vom _____

19 36,

bis _____

19 44.

Forts. Band: _____

84-37

**)

*) Raum für farbiges Unterklebeschild (Inland, R 230 bis R 236), für Vertretungsstempel (Ausland).
**) Raum für Geschäftszeichen der abgegebenen Registratur.

307/2

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 5. 12. 66



(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat





Eingang!

1711

R. Ambasciata d'Italia

DE

Aufzeichnung

P. 1234

885

Die italienische Staatsangehörige jüdischer Rasse
Lea Lenka Levi, geborene Danon, 50 Jahre alt wurde am 5. No-
vember 1942 von den deutschen Behörden aus dem Konzentrations-
lager von Lober-Grad (Zagreb) in das Jüdische Lager in Ausch-
witz bei Kattowitz gebracht.

Hinsichtlich der Tatsache, dass hervorgeht, dass die
Vorgenannte im Besitz der italienischen Staatsangehörigkeit ist,
wird gebeten freundlichst die zuständigen Behörden dafür in-
teressieren zu wollen, damit sie für ihre Heimschaffung Vorkeh-
rungen treffen.

Berlin, den 4 FEB 1943

84-37

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 5.12.1966



(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



**Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

Berlin SW 11, den 13. April 1943
Dietz-Albrecht-Straße 8

Fernsprecher: Ortsanschrift 124040 - Fernanschrift 126421
Reichsbahn girokonto: 1/146 - Postfachkonto: Berlin 2266

IV B 4 a-3

4120/43

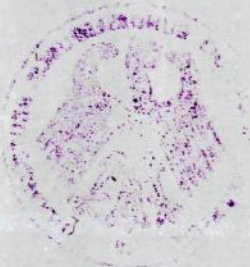
Bittre in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Antw. an Int. F. A. - Reiss

Int. F. B.

An das

Auswärtige Amt



15. APR. 1943

[Handwritten signature]

Berlin W 8

Wilhelmstr. 74-76

Betrifft: Italienische Staatsangehörige und
Jüdin Lea Lenka L E V I geb. Danon,
50 Jahre alt.

Bezug: Schreiben vom 4.2.1943 - Nr. D III 885.-

*13. April 1943
H. B. 4
3/11
[Handwritten initials]*

Nach den Feststellungen der Lagerlei-
tung befindet sich die obengenannte Jüdin nicht
in Auschwitz. Trotz eingehender Nachforschungen
konnte ihr derzeitiger Aufenthalt nicht ermittelt
werden.

Im/Auftrage:

[Handwritten signature]

A

84-37

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 5.12. 1966



(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



Die Übereinstimmung des ~~vor~~ /
umstehenden Textes mit der ~~bei~~
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 5.12.1966

Sasse



(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

23



Für Reichsführer-SS

und

**Chef der Deutschen Polizei
im Reichsministerium des Innern**

S II B 4 Nr. 10124.

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und
Datum anzugeben

An

das Auswärtige Amt
in B e r l i n.

Betrifft: Livio L e v i.

Auf das Schreiben vom 4.10.1943 - R 13298 -.

Nach den angestellten Ermittlungen besitzt Livio L e v i,
geboren am 13.3.1920, lediglich die griechische Staatsangehörig-
keit. L e v i wurde von dem Judenlager Drancy aus am 11.2.1943
gelegentlich eines Judentransportes nach dem Osten abgeschoben. Er
hat seinerzeit weder Angaben darüber gemacht, daß er früher ein-
mal italienischer Staatsangehörigkeit gewesen ist, noch daß er die
italienische Staatsangehörigkeit zurückerwerben wollte. Bei den

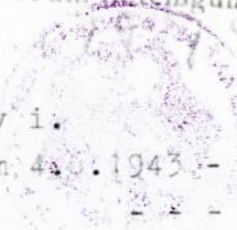
Berlin SW 11, den 21. Juli 1943.

Deinz-Albrecht-Straße 8

Fernsprecher: Ottostraße 1200404 Fernricht 128421

Vlg.

Weiterleiten an
S II B bittet um Beteiligung



Geht Juli II A. 4549

5637

84-37

Die Übereinstimmung des
umstehenden Textes mit dem bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt,

Bonn, den

5. 12. 1966

Sasse

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



den deutschen und französischen Dienststellen ist Levi als
Jude griechischer Staatsangehörigkeit geführt und deshalb abge-
schoben worden.

Im Auftrage:
gez. Kröning

Beglaubigt:

Thümmel
Büroangestellte

Mn

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

5. 12. 1966

Sasse

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



78

**Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

Berlin SW 11, den 10. November 1942
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 12 00 40

IV B 4 a 3208/42
Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Vfg.
Weiterleiten an
D. II bittet um Beteiligung
Berlin, den 13.11.42

An das
Auswärtige Amt
z.Hd. von Herrn Gesandtschaftsrat Dr. Klingenfuß
in Berlin W 35,
Wilhelmstr. 74 - 76 .

Betrifft: Die Jüdin Jenni C o z z i , geb. am
14.2.1894 in Goldingen (Kurland) .

Bezug: Ohne.

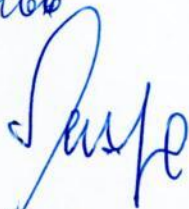
Im Zuge der allgemeinen Evakuierungs-
maßnahmen in den besetzten Ostgebieten ist die
Jüdin C o z z i , die in Lettland geboren ist,
in das Rigaer Ghetto überführt worden. Sie war
mit einem inzwischen verstorbenen italienischen
Staatsangehörigen artverwandten - nicht stammes-
gleichen - Blutes verheiratet und will daher alle
Rechte einer Arierin entsprechend den italienischen
gesetzlichen Bestimmungen für sich in Anspruch
nehmen. Es ist ihr gelungen, mit dem italienischen
Generalkonsul G i u r i a t i in Danzig in
Verbindung zu treten, der darauf drängt, daß
die C o z z i aus dem Ghetto entlassen und ihr
die Möglichkeit zur Einreise nach Italien gegeben
wird.

Erwähnenswert ist, daß die Jüdin
C o z z i die italienische Sprache nicht beherrscht.

84-37

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 5.12.1966



(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

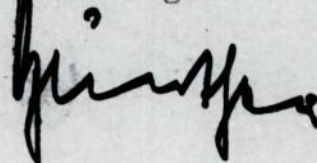


Ich halte es ~~auch~~ aus sicherheitspolizeilichen Gründen nicht für vertretbar, dem Ansuchen des italienischen Generalkonsuls G i u r i a t i zu entsprechen, zumal ohne weiteres zu befürchten ist, daß die Jüdin C o z z i die Verhältnisse im Ghetto Riga in Italien zu greuelpropagandistischen Zwecken auswerten wird.

Ich wäre daher dankbar, wenn von dort bei der Italienischen Botschaft erwirkt werden würde, daß der Generalkonsul G i u r i a t i von weiteren Ansuchen ähnlicher Art bzw. von einer weiteren Unterstützung der Jüdin C o z z i absieht.

Vom Ausgang der Angelegenheit bitte ich, mir Kenntnis zu geben.

Im Auftrage:

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'Hinske' or similar, written in a cursive style.

Die Übereinstimmung *nimmig* *Es vor!*
umstehenden *Textes* *mit der* bei
den Akten des *Politischen* Archivs
des Auswärtigen *Amtes* befindlichen
Vorlage wird *bescheinigt*

Bonn, den

5. 12. 1966

Sasse

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



[Large handwritten signature]

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amts befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 5. 12. 1966

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



to Bk in ipu naphylypau, la Sapa
inur la

~~die Missionen haben sich~~
~~erst seit dem italienischen~~
~~Generalen der Götter nicht~~
~~gelingen können, da Angelo~~
~~grüßte der neue christliche Auf~~
~~stehung hervorzuheben hat~~
~~schon der Götter Loggi mit~~
~~dem Götter Pigeon und die~~
~~den italienischen Boten~~
~~zu beistehen für anfangs zu machen~~

5. Q.

(Mingrely)

1874.

Page 23

Die Übereinstimmung des vor-
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den 5. 12. 1966

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



[Large handwritten signature]



R. Ambasciata d'Italia

1900
2914

5295

U III	2	4	4
eing.			
Ant. (— fady — Dep. d. Eing.			

238

Aufzeichnung

Die italienische Staatsangehörige Jenny Cozzi, Witwe eines italienischen arischen Offiziers, ehemals in Trieste wohnhaft, mit dem regulären italienischen Pass versehen, ist seit März 1942 im Ghetto in Riga interniert. Seitens der deutschen Behörden ist keine diesbezügliche Mitteilung weder an die Kgl.Italienische Botschaft noch an irgend eine italienische Konsularbehörde in Deutschland erfolgt.

Der Kgl.Italienische Generalkonsul in Danzig hatte mit einem Schreiben vom 3.Dezember 1942 N.3932 den Vertreter des Auswärtigen Amtes bei dem Reichskommissar für das Ostland für diese Angelegenheit interessiert und gebeten, dass Frau Cozzi so schnell als möglich freigelassen und ihre Heimreise genehmigt werde.

Es wird gebeten mit freundlicher Beschleunigung die zuständigen deutschen Behörden interessieren zu wollen, damit die italienische Staatsangehörige, um die es sich hier handelt, aus dem Ghetto in Riga entlassen und ihre Rückkehr nach Italien bewilligt wird.

Berlin, den 1 - MAR 1943
x x

Die Ubereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den 5. 12. 1966

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



**Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

IV B 4 a

3208/43

Bitte in der Antwort sorgfältiges Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 15. November 1943
Prinz-Albrecht-Straße 8

Sehr geehrter Herr: (120049) ; Sehr geehrte Frau: (126421)
Reichsbahnkonten: 1.146- ; Postkassenkonten: Berlin 2786

An das

Auswärtige Amt

Berlin W 35.

Wilhelmstr. 74-76.

Betrifft: Die Jüdin Jenni C o z z i geb. Herz-
berg, geb. am 14.2.1894 in Goldingen/Kurld.

Bezug: Mein Schreiben vom 10.11.1942 - Aktz. wie
oben - und dort. Schreiben vom 30.11.1942
- D III 6814 - und 3.3.43 - D III 277 -

1900/13

Unter Bezugnahme auf die in meinem Schreiben vom 10.11.1942 gemachten Ausführungen halte ich nach wie vor die Entlassung der Jüdin C o z z i aus dem Ghetto in Riga zur Rückkehr nach Italien, nicht für vertretbar.

Ich bitte daher nochmals, bei der Italienischen Botschaft in Berlin zu erwirken, dass von einer weiteren Unterstützung der C o z z i abgesehen wird.

Im Auftrage:

E. M. M. M.

84-37

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den 5. 12. 1966

Sasse

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



[Large handwritten signature]

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 5. 12. 1966

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



257

Auswärtiges Amt

Berlin, den 2. Juli 1943

Inl.II A 5295

Mit Beziehung auf das Schreiben vom 15. März 1943

- IV B 4 a 3208/43 -

Betrifft: Italienische Jüdin Cozzi.

Mit Verbalnote vom 22. April 1943 mahnte die hiesige Italienische Botschaft erneut nachdrücklichst ~~die~~

die Erledigung des Falles Cozzi an. Daraufhin wurde dem Botschaftssekretär Cassardi am 30. April mündlich eröffnet, zwar habe Frau Cozzi unzweifelhaft einen italienischen Pass, doch sei sie keineswegs Italienerin sondern Ostjüdin, die nur durch ihre Verheiratung mit einem arischen italienischen, inzwischen verstorbenen Offizier in den Besitz der italienischen Staatsangehörigkeit gelangt sei. Soweit hier bekannt wäre, spräche sie kein oder kaum italienisch und könne bei Anlegung großzügigsten Maßstabes nicht als Italienerin im eigentlichen Sinne betrachtet werden. Da gegen eine Entlassung von Frau Cozzi aus besonderen Sicherheitspolizeilichen Gründen schwerwiegendste Bedenken bestünden, sei zu erwägen, ob die Italienische Botschaft nicht auf die Weiterverfolgung der Angelegenheit verzichten wolle.

Botschaftssekretär Cassardi erklärte, die Angelegenheit überprüfen zu wollen, er hoffe, daß unserem Wunsche entsprochen werden könne.

Vor Abg.:

Pol IV

z. Mitz.

In den ersten Tagen des Juni trug Botschaftssekretär Lanza mündlich den Fall erneut vor und betonte, man sei italienischerseits darüber erstaunt, noch immer keine abschliessende Antwort erhalten zu haben. Lanza wurde daraufhin von dem Inhalt der Besprechung mit Cassardi unterrichtet und dahin beschieden, daß er mit einer Antwort des Auswärtigen Amtes nicht rechnen könne, solange nicht die Italienische Botschaft zu unserer Anregung,

1.)

An

den Chef der Sicherheitspolizei

und des SD

z.Hd. von SS.Obersturmbannführer
Eichmann

3/WV nach Abg. (Zwischenbescheid)
in 3 Wochen

ab: 7/7

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den 5.12.1966

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



[Large handwritten signature]

den Fall wegen der besonderen Sachlage auf sich beruhen zu lassen, Stellung genommen habe.

Lanza zeigte durchaus Verständnis für unsere Auffassung, erklärte jedoch, er glaube nicht, dass unserer Bitte entsprechen werden könne, da Frau Cozzi einen italienischen Paß habe und nach ihrer staatsrechtlichen Auffassung daher der Italienische Staat unbedingt verpflichtet sei, für sie einzutreten.

Nunmehr hat die Italienische Botschaft die abschriftlich beigelegte Verbalnote übersandt, aus deren Schlußabsatz sich ergibt, dass die Italiener die Angelegenheit trotz unserer Vorstellungen weiter verfolgen wollen.

Es darf daher nochmals gebeten werden, den Fall Cozzi zu überprüfen und in Erwägung zu ziehen, ob die Ausreise von Frau Cozzi sich - notfalls nach Einschaltung eines Zwischenaufenthaltes in Beigen-Belsen - ermöglichen lässt.

Nach dem Vorangegangenen würde eine Ablehnung des italienischen Wunsches politisch nur vertretbar erscheinen, wenn schwerwiegendste Gesichtspunkte, die gegen die Erteilung der Ausreisegenehmigung für Frau Cozzi sprechen, und die auch bei den Italienern Verständnis finden werden, vorgebracht werden können.

Auswärtiges Amt
Inl.II A 5295

Im Auftrag
gez.v.Thadden

2.)

Abschriftlich nebst einer Anlage

dem Vertreter des Auswärtigen Amtes
beim Reichskommissar für das Ostland

s. umseitig

R i g a

mit Beziehung auf den Bericht vom 20. April 1943-
Nr. 637/43 - zur Kenntnisnahme und mit der Bitte um Bericht
übersandt.

Im Auftrag
gez.v.Thadden

Th 2/2

ab:

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amts befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den

5. 12. 1966

Sasse

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



Tag

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

Berlin SW 11, den 6. Juli 1943
Prinz-Albrecht-Straße 8
Ortsanruf 12 00 40 · Fernanruf 12 64 21
Reichsbankgirokonto: 1/146 · Postscheckkonto: Berlin 2386

IV B 4 a

Bitte im Schriftverkehr dieses Geschäftszeichen, das Datum und den Gegenstand angeben

An das

Auswärtige Amt

z.Hd. von Herrn Legationsrat von Thadden

B e r l i n W 8,

Wilhelmstr. 74-76.

Betrifft: Die Jüdin Jenni C o z z i geb. Herzberg,
geb. am 14.2.1894 in Goldingen.

Bezug: Meine Schreiben vom 10.11.1942 und
15.3.43 - Aktz.wie oben und dort.Schreiben
vom 30.11.1942 - D III - 6814 - u.v. 33.43
- D III 277 g -.

Zu der vorstehend genannten Angelegenheit teile ich mit, dass sich nunmehr der Hohe Kommissar der Faschistischen Partei für die besetzten Ostgebiete an den Stabsleiter des Arbeitsbereichs Ostland der NSDAP. in Berlin gewandt hat, um von dort die Genehmigung zur Übersiedlung der im Ghetto Riga befindlichen Jüdin C o z z i nach Italien zu erwirken.

Die Landesleitung der NSDAP.Ostland hat zu dem Antrage ablehnend Stellung genommen.

Im/Auftrage:

ginger

84-74

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt
Bonn, den 5. 12. 1966



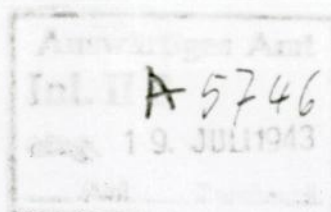
Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

[Large handwritten signature]



10950

R. Ambasciata d'Italia

Vorlage bei H. M. M.
nicht erforderlich.
Dem zuständigen Referat
zur weiteren Bearbeitung
Berlin, den 17. 7. 1943

NOTA VERBALE

La R.Ambasciata d'Italia ha l'onore di accusare ricevuta della Nota Verbale Inl II A 5295 Ang. II in data 8 luglio e ringrazia per la cortese comunicazione in essa contenuta.

La R.Ambasciata mentre rimane in attesa delle ulteriori comunicazioni sull'argomento si onora precisare che la cittadina italiana Jenny Cozzi nata a Goldingen il 14 febbraio 1894 si è sposata nel 1918 in Odessa ed ha risieduto col marito a Trieste da quella data fino al 1922 trasferendosi poi a Berlino dove ha risieduto sino al 1930.

Berlino, li 17 LUG 1943



Ministero degli Affari Esteri del Reich

BERLINO

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den 5.12.1966



[Handwritten signature in blue ink]

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

[Large handwritten signature in black ink]

Der Vertreter des Auswärtigen Amts
beim Reichskommissar für das
Ostland
Nr. 1187/43

Riga, den 28. Juli 1943
Rosenberg-Ring 12

Auf den Erlass vom 2. Juli 1943
- Inl. II A 5295.

Betr.: Ausreise von Juden aus dem Ostland.

- 2 Durchdrucke -

Geheim!

Die mit dem dortigen Erlass erneut aufgenommene Frage der Erteilung einer Ausreise für die italienische Ostjüdin Jenny Cozzi ist von mir benutzt worden, um die Frage grundsätzlich mit dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Ostland, SS-Oberführer Dr. Pifrader, nochmals zu erörtern. Mit Recht hat Dr. Pifrader darauf hingewiesen, daß es infolge der besonderen Lage im Ostland aus sicherheitspolizeilichen Gründen nicht als vertretbar angesehen werden kann, irgendwelchen Juden fernerhin Ausreiseerlaubnis aus dem Ostland zu geben. Ich habe ihm gegenüber betont, daß ich den gleichen Standpunkt in meinem Bericht an das Auswärtige Amt vom 5. April d.J. - Nr. 438/43 - vertreten und es damals schon als sehr fraglich bezeichnet habe, ob irgendwelche Juden für Austauschzwecke in Frage kommen könnten. Den grundsätzlichen Bedenken des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD für das ganze Ostland kann ich mich nur nachdrücklich anschließen. Was die Cozzi anbelangt, so weist der Kommandeur der Sicherheitspolizei für Lettland, Dr. Lange, in besonderen darauf hin, daß auch angesichts der nunmehr vorliegenden Verbalnote der Italienischen Botschaft keine Möglichkeit besteht, die Cozzi ausreisen zu lassen. Er hebt hervor, daß der Cozzi ebenso wie allen im Rigaer Ghetto Untergebrachten bekannt ist, daß die lettische Bevölkerung gleich nach dem Rückzug der Roten Armee aus Lettland in schärfster Weise gegen die Juden Stellung nahm und für die von den jüdisch-bolschewistischen Unterdrückern verübten Greuelthaten und Verschleppungen

An das
Auswärtige Amt
in Berlin

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den 5.12.1966

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



258

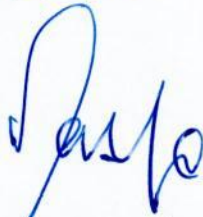
pungen Vergeltung übte. Da die Cozzi Ostjüdin sei und lediglich durch die Heirat mit einem Italiener die italienische Staatsangehörigkeit erworben habe, sei mit Sicherheit anzunehmen, daß sie über die seinerzeit gegen die Juden getroffenen Maßnahmen Greuelmärchen verbreiten würde, die möglicherweise von der Feindpropaganda aufgegriffen werden könnten.

Ich halte es daher auch meinerseits für notwendig, daß der Italienischen Botschaft gegenüber nunmehr endgültig ein ablehnender Standpunkt in dieser Frage eingenommen wird. Darüberhinaus würde ich es aber auch für erwünscht ansehen, daß sich das Auswärtige Amt grundsätzlich dem Standpunkt anschließt, daß bei der derzeitigen Lage die Ausreise irgendwelcher Juden aus dem Ostland auch in das befreundete Ausland nicht in Frage kommt.

Winkelstein

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 5.12.1966



(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



680.

**Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

IV B 4 a

3208/42

Bitte im Schriftverkehr dieses Geschäftszeichens, das Datum und
den Gegenstand angeben

Berlin SW 11, den 25. September 1943
Prinz-Albrecht-Straße 8
Ortsanruf 12 00 49 - Fernanruf 12 64 21
Reichsbankgirokonto: 1 146 - Postscheckkonto: Berlin 2386

An das

Auswärtige Amt

z.Hd. von Herrn Legationsrat von Thadden o.ViA.,

in Berlin W 8.

Wilhelmstr. 74 - 76.

Betrifft: Rückführung der Jüdin italienischer
Staatsangehörigkeit Jenni C o z z i
geb. Herzberg, geb. am 14.2.1894
in Goldingen (Kurland), nach Italien.

Bezug: Schreiben vom 2.7.1943 - Inl. II A 5295,
und vom 21.7.1943 - Inl. II A 5746 - . 6092

Im Hinblick auf die inzwischen veränderten
politischen Verhältnisse in Italien sehe ich von
Weiterem in der vorstehend genannten Angelegenheit
ab.

Ich habe veranlasst, dass die Jüdin
C o z z i bis auf weiteres in dem KL. in Riga
untergebracht wird.

Im Auftrage:

E. Mann

84-37

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den 5.12.1966

Sasse



(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

Handwritten signature or initials in black ink, consisting of a large 'S' followed by a stylized 'D' and a long horizontal stroke.

Incl 11A/13

84-42

Auswärtiges Amt

I S Bibliothek

Inland II A

B

84-42 / Norweg.-Schweden

Akten

betreffend:

Beschaffungen für die auswärtigen Dienststellen

Sammelbestellungen.

Norwegen!

Interventionen der (norweg.) bzw. schwedischen

Regierung. über Vorgänge in Deutschland

Reel 1537 362552 362564

Filmed 15 15 15

by Electric Counter

84-42 / Norweg.-Schweden!

v. 1942

b. 1943

D₁

Zul. 1
A/B
369/4

Früher
I 17/B
K. V.

Die Übereinstimmung des vor-
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den 5. 12. 1966

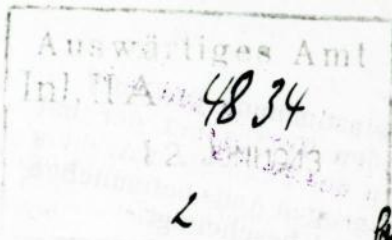


Sasse
(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

39

KÖNIGL.

SWEDISCHE GESANDTSCHAFT



A u f z e i c h n u n g .

Auf Grund einer Bitte der schwedischen Staatsangehörigen Abraham Israel Jacobson wird ergebenst um Auskunft über den Verbleib der norwegischen Kinder Abraham Klein, geboren am 12. Juni 1926, und Cissi Pera Klein, geboren am 19. April 1929 gebeten. Sie wurden laut einer Auskunft des Herrn Jacobson mit einem Schiff von Norwegen nach Deutschland wegen ihrer jüdischen Rassezugehörigkeit am 25. Januar 1943 abtransportiert.

Berlin, den 9. Juni 1943.

84-42

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den 5.12.1966

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



40

**Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

IV B 4 a-3

4685/43

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 26. August 1943
Prinz-Albrecht-Straße 8

Fernsprecher: Ortsverkehr 1200 40 · Fernverkehr 1264 21
Reichsbankgirokonto: 1 146 · Postfachkonto: Berlin 2386

An das

Auswärtige Amt

z.Hd. von Herrn Legationsrat von Thadden o.V.i.A.

Berlin W 8

Wilhelmstr. 74-76

Betrifft: Jüdische Geschwister K l e i n.

Bezug: Schreiben vom 15.6.1943 - Nr. Inl. II A 4834 -

Die Ermittlungen nach dem Verbleib der jüdischen

Kinder

Abraham K l e i n, geb. am 12. Juni 1926 und

Cissi Fera K l e i n, geb. am 19. April 1929
sind ergebnislos verlaufen.

In Auftrage:

84-42

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei/
den Akten des Politischen Archivs/
des Auswärtigen Amts befindlichen/
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 5. 12. 1968

Sass

(Dr. Sass)
Vortragender Legationsrat



4A

SHWEDISCHE GESANDTSCHAFT

Nr 943/1943

Verlag bei R. U. M.
nicht erforderlich.
Dem zuständigen Referat
zur weiteren Veranlassung
Stroh, den 186

Verbal note.

Unter Bezugnahme auf die vom Legationssekretär Freiherrn von Otter an Herrn Legationsrat von Thadden überreichte Aufzeichnung vom 9. Juni 1943 betreffend den Verbleib der Kinder Abraham Klein und Cissi Pera Klein beehrt sich die Königl. Schwedische Gesandtschaft dem Auswärtigen Amt ergebenst mitzuteilen, dass die beiden Kinder die schwedische Staatsangehörigkeit erhalten haben. Die Gesandtschaft wäre für eine baldige Mitteilung über ihren Verbleib dankbar.

Berlin, den 22. Oktober 1943.

AK Supply
2 Nick Flange, 10mm
under 100000 - 23/10
ash

in das öffentliche Amt.

84-42

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 5. 12. 1966

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



42

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den 5. 11. 1966

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



43

In genannten Bunde die folgende

Staatsangehörigkeit erhalten für:

brw. In der Aufzeichnung vom 9.6.43
wurden sie als norwegische Staatsangehörige
beschrieben.
- darüber wird oben -

(F. O. o. St.)

19.10

19.10.

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den 5. 12. 1966

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



HN

KÖNIGL.

SCHWEDISCHE GESANDTSCHAFT

Nr 980/1943.

RECEIVED
11 NOV 1943
8538
✓

Verbalnote.

8417
In Beantwortung der dortseitigen Verbalnote vom 1. November 1943 - Inl.II A 8389 - beehrt sich die Königl. Schwedische Gesandtschaft dem Auswärtigen Amt ergebenst mitzuteilen, dass die Kinder Abraham Klein und Cissi Pera Klein die schwedische Staatsangehörigkeit durch Königl. Beschluss vom 20. August 1943 erhalten haben,

Berlin, den 3. November 1943.

*gem.
man die Frage: Gef. ist - 2 mal - noch da.
Unklarheit die Eltern gefragt worden, nicht
im Auftrag noch Personen beantwortet.*

an das Auswärtige Amt

84-42

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den 5.12.1966



(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



45

Nr. Inl. II A 8538

Verbalnote.

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Kgl. Schwedischen Gesandtschaft den Empfang der Verbalnote vom 3. November 1943 - Nr. 980/1943 - , betr, die jüdischen Kinder Abraham K l e i n und Cissi Pera K l e i n , zu bestätigen.

Da die Genannten von Geburt an die norwegische Staatsangehörigkeit besessen haben und erst nach ihrer Einbeziehung in die antijüdischen Maßnahmen am 20. August 1943 in Schweden eingebürgert sind, bedauert das Auswärtige Amt, weiteres in der Angelegenheit nicht veranlassen zu können.

Wie der Kgl. Schwedischen Regierung bereits am 24. März 1943 mitgeteilt worden ist, kann diesseits der Erwerb der schwedischen Staatsangehörigkeit nicht berücksichtigt werden, wenn es sich um Neueinbürgerungen von Juden handelt. Massgebend hierfür ist, daß Neueinbürgerungen dieser Art nur den Zweck haben können, Juden den gegen sie verhängten und deutscherseits für unumgänglich notwendig erachteten Massnahmen zu entziehen.

ang:

zeichnung.

Berlin, den 15. Dezember 1943.

Die Kgl. Schwedische Gesandtschaft

2.)

ab: 18.12.43

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 5.12.1966

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



46

2.)

Abschriftlich
dem

Chef der Sicherheitspolizei und des SD
z.Hd. von SS-Obersturmbannführer Eichman
o.V.i.A.

Kurfürstenstr. 116

auf das Schreiben vom 26. August 1943 - IV B
3 - 4685/43 - mit der Bitte um Kenntnisnahme
übersandt.

Im Auftrag
gez.v.Thadden

Thadden 16/12

3/2dA

Thadden 17/12

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den 5. 12. 1966

Sasse



(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

LN

Inl T/A/B

84-47

Auswärtiges Amt

IS Bibliothek

84 17 (Rumänien)
Akten

betreffend

Beschaffungen für den inneren Dienst des Auswärtigen Amtes

Sammelbestellungen.

Rumänien!

Interventionen der rumänischen Regierung
gegen Vorgänge in Deutschland.

Serial F 1542, K 372, L 372459.

by [illegible]

by [illegible]

Von: 194

- bis: 194

84 17 (Rumänien)

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amts befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den 5.12.1966

Sasse



(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

Handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized 'S' followed by a long horizontal stroke and a diagonal line.



Legationea Regala a Romaniei,
BERLIN.

Nr. 3599/P 13

V e r b a l n o t e

Die Kgl. Rumänische Gesandtschaft beehrt sich das
Auswärtige Amt zu bitten bei den zuständigen Stellen gütigst intervenieren zu wollen um wenn möglich die Freilassung der Jüdin rumänischer Staatsangehörigkeit Ernestine König, welche sich zur Zeit in dem Konzentrationslager Auschwitz (oder Liegnitz) befindet, zu erwirken.

Obengenannte ist mit dem rumänischen Staatsangehörigen Frantz König, arischer Abstammung, wohnhaft in Paris 16, Erlanger str. 68, verheiratet.

Für die freundliche Mühewaltung spricht die Königliche Gesandtschaft dem Auswärtigen Amt im voraus ihren verbindlichsten Dank aus.

Berlin, den 30. Juli 1943.

An das

Auswärtige Amt

B e r l i n

84-47

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 5.12.1966

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



C
✓
✓

**er Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

Berlin SW 11, den 27. August 1943
Dring-Albrecht-Straße 8

Fernsprecher: Ortsvorwahl 12 00 40 - Fernvorwahl 12 64 21
Reichsbank Girokonto: 1 145 - Post Girokonto: Berlin 2386

B 4 a-3

4779/43

an der Postzeit vorliegendes Gefährdungszeichen u. Datum anzugeben

An das

Auswärtige Amt

z.Hd. von Herrn Legationsrat von Thadden o.V.i.A.

Berlin W 8

Wilhelmstr. 74-76

Betrifft: Jüdin rumänischer Staatsangehörigkeit Ernestine
König geb. Goldbraun, nähere Personalien un-
bekannt.

Bezug: Schreiben vom 9.8.1943 - Inl. II A 6140 -

Die Jüdin König ist inzwischen von Auschwitz
weiter nach dem Osten zum Arbeitseinsatz vermittelt worden.
Ihr derzeitiger Aufenthaltsort ist im Augenblick unbekannt.

Im Auftrage:

84-47

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amts befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den 5.12.1966

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



Inl T A/B

84-48

Fort. II B

Serial 1543. 372897-K373145

Filmed FS ~~TYPE~~ ST

by Electric Counter

324/7

Finke van Hoven ^{de} Longje Irepubli

(Finke van Hoven)

P.4 - 48

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



wärtiges Amt
 Presseabteilung
 te / Pressearchiv
 Referat P X.

Daily Telegraph		22	2	4
Name der Zeitung		Datum	Der	Zeitung

Wird	nur vom	Archiv	ausgefüllt
------	---------	--------	------------

NAZIS EXECUTE 100 JEWS

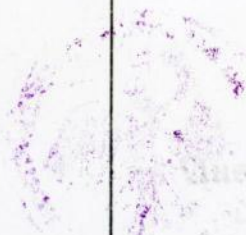
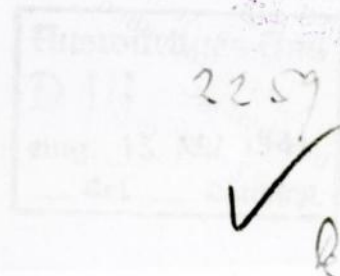
HELD AS HOSTAGES

News has reached London of a terrible example of Nazi brutality in Poland—the execution of 100 Polish Jews arrested as hostages for a man who escaped from the Germans.

Last spring a young Polish Jew named Kott was arrested by the Warsaw Gestapo. Although handcuffed Kott evaded his gaolers, and the German police offered a reward of £40 for his capture or indication concerning his whereabouts.

Three hundred Jewish hostages were placed in a Warsaw prison. They were told that if within 24 hours Kott did not reappear 100 of them would be executed. Kott failed to show up and 100 of the hostages were shot.

Inhaltsangabe kann, wenn unbenutzt — überklebt werden



Ausgegeben
 am
 (Stempel)
 Referat P X

— Hofmann
 D III
 D II

[Signature]
 H. A. O. P. [unclear]

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den 5. 12. 1966

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



[Large handwritten signature]

Berlin, den 21. März 1941.

g. H. D III. 2259

Auf einen besonderen Bogen ist zu setzen:

Ref.: LR. RADEMACHER.

1.) In Abdruck

beizufügen zu a) bis d)
je eine Fotokopie des
Ausschnittes aus dem
"Daily Telegraph" vom
22. Februar 1941.
- 1 -

a.) dem Reichssicherheitshauptamt,

IV D4,

b.) der Antisemitischen Aktion,

c.) Herrn Reichsbankoberinspektor

HOPPE Bd.,

d.) dem Fromi,

- je besonders -

mit der Bitte um Kenntnissnahme über-
sandt.

I. A.

gez. TODENHÖFER.

14.3.

2.) Z. d. A.

a/d 29/3
n/d n. d. e

(Dr. Sasse)
Vertragender Legationsrat

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67
Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



KÖNIGL.

SWEDISCHE GESANDTSCHAFT

ABTEILUNG B

Berlin W. 35.

Rauchstrasse 10.

BS V 2

R VIII 00406

Verbalnote

Die Königlich Schwedische Gesandtschaft, Abteilung B, als Vertreterin der sowjetrussischen Interessen in Deutschland beehrt sich, dem Auswärtigen Amt die folgende Angelegenheit ergebenst zu unterbreiten.

Max Gurwitsch, sowjetrussischer Bürger, geb. am 18.1. 1882 in Wladislawowo, wurde am 22 Juni 1941 in Schutzhaft genommen. Am 24. Januar 1942 wurde er entlassen, weil er 60 Jahre alt wurde und ausserdem auch krank ist. Er musste sich aber wöchentlich bei der Sicherheitspolizei, Av. Louis 453, Brüssel, melden. Bei einer solchen Meldung, am 17. August 1942, wurde er wieder verhaftet, und seitdem sind keine Nachrichten über ihn eingegangen.

Die Gesandtschaft wäre für eine Untersuchung über den Verbleib und den Gesundheitszustand des Genannten und eine entsprechende Mitteilung sehr verbunden.

Berlin, den 5. Februar 1943.

An das Auswärtige Amt,

Berlin W. 8,

Wilhelmstr. 74-76.

84-48

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den 5.12.1966

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



9
✓

**Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

Anwärter-Amt
Berlin SW 11, den 11. Mai 1943
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 120040

I A l b - B - Nr. 1246/43

Im Falle der Antwort vorliegendes Geschäftszettel mit Datum anzugeben

An das

Auswärtige Amt

Berlin W 8
Wilhelmstr. 74 - 76

Betrifft: Sowjetjuden Max G u r w i t s c h, geboren
am 18.1.1882 in Wladislavovo, wohnhaft gewe-
sen in Brüssel, rue Picard 218.

Bezug : Dortiges Schreiben vom 16.2.42 - R VIII 406.

Der sowjetrussische Staatsangehörige Max G u r -
w i t s c h wurde am 17.8.1942 in Brüssel festgenom-
men und mit dem 5. Judentransport am 25.8.1942 unter
der Nr. 756 abgeschoben. Es bestanden keine Bedenken,
G u r w i t s c h abzuschieben, da die russischen
Staatsangehörigen nicht zu den in den "Richtlinien zur
technischen Durchführung der Evakuierung von Juden aus
Frankreich, Belgien und den Niederlanden nach dem Osten"
genannten Ausnahmen gehören. Über den jetzigen Aufent-
haltsort und Gesundheitszustand des G u r w i t s c h
ist hier nichts bekannt.

Im Auftrage:

Kindow

Vorgelassen

Prof. Fulda II

mit d. Bitte um Überweisung

Prof. Fulda II

5-42
1942-43

84-48

Die Übereinstimmung des vor/
mstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den 5. 12. 1966

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



[Large handwritten mark, possibly a stylized 'Z' or 'N']

den 26. Mai 1943

Inl. II A 4102

In der Anlage wird Abschrift eines Schreibens der dortigen Dienststelle mit Bezugnahme auf das Gespräch zwischen Regierungsrat Hunsche und dem Unterzeichneten am 25.5.1943 zur Kenntnisnahme übersandt.

Zur Sache wird bemerkt, daß aus den vom Auswärtigen Amt mitgezeichneten Erlassen über die Abschiebung von Juden nach dem Osten zu ersehen ist, daß Juden sowjetischer Staatsangehörigkeit in den Westgebieten nicht abgeschoben werden dürfen.

Das Auswärtige Amt wäre für tunlichst unverzügliche Mitteilung dankbar, welche besonderen Gründe sicherheitspolizeilicher Art die Verhaftung und Entfernung des Juden Max Gurwitsch aus Brüssel notwendig gemacht haben.

Im Auftrag

gez. v. Thadden

Th 26/5

An
den Chef der Sicherheitspolizei und des SD
z.Hd. von Obersturmbannführer Eichmann
Berlin W 62
Kurfürstenstr. 116

2 W.V. in 3 Wochen *19/6* mit *Leh*

Wiedervorgelegt am *19/6*

29/5. UG.
1 abpf.

Die Übereinstimmung des vor/
stehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 5. 12. 1966

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



Ref.1.V.:Konsul Sakowsky

1) Der Fall Gurwitsch dürfte praktisch erledigt sein. Nach der von R IV gehandhabten Übung erhält die schwedische Gesandtschaft grundsätzlich keine Auskünfte auf solche Anfragen betr. sowjetruss. Staatsbürgern, da jegliche Gegenseitigkeit fehlt. Das ist den Schweden des öfteren mitgeteilt worden. Sie erwarten auch offenbar keine Antwort. Insoweit wäre hier der Fall G. zu den Akten zu nehmen.

2) Dagegen ist unerledigt die Frage der Abschiebung sowjet. russ. Staatsangehöriger. Insoweit fehlt die Stellungnahme des Reichssicherheitshauptamtes zur Anfrage von Inland II A vom 26.5. 43. (Schlussatz). Nach den Erfahrungen von R IV scheint eine entsprechende Anweisung an die Aussendienststellen des SD in den besetzten Gebieten für sowjetr. Staatsangeh. Juden zu fehlen. Es sind hier verschieden^{er} Fälle bekannt geworden, in denen sowjetruss. Juden nach dem Osten abgeschoben und "nicht mehr auffindbar" sind. Eine solche Praxis steht im Widerspruch zur Anordnung des Chefs der Sicherheitspolizei und des AA vom 24. Februar 1943 -- D III 216 g II (AZ von RIV Nr. ¹⁵²~~222~~ 43 geh). Dort heisst es u.a. ausdrücklich:

"Juden anderer Länder, sowohl von Feindstaaten, Neutralen oder Verbündeten, dürfen in die Judenmassnahmen nicht einbezogen werden. Alle Juden, die neben einer andern Staatsangehörigkeit auch auf englische oder amerikanische Staatsangehörigkeit--wenn auch nur wegen ihrer Geburt in diesen Ländern--Anspruch ~~erheben~~ ^{erheben}, sind von den allgemeinen Judenmassnahmen auszuschliessen und zu internieren".

Sasse
(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8.7.67



Sasse
(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

1402
C28

Danach liegt die Sachlage auch bezügl. Sowjetrussen, die nicht ausgeschlossen sind, klar. Sie dürfen nicht abgeschoben werden.

Hiermit

Inland II A

erg. vorgelegt mit dem Vorschlag, diese grundsätzliche Seite mit dem Chef der Sicherheitspolizei zu klären.

Immer Abklärung der Sache. Der Chef der Sicherheitspolizei ist in der Lage, die Sache zu klären. Die J. wird sich auf dem Wege der Abklärung befinden. Die J. wird sich auf dem Wege der Abklärung befinden. Die J. wird sich auf dem Wege der Abklärung befinden.

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den 5. 12 1966

Sasse



(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

206

**Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

Berlin SW 11, den 24. September 1943
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 120040

IV B 4 b Nr. 4546/43 .-

der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Auswärtiges Amt
Inl. II A 7775

2. OKT. 1943

Dopp. d. Eing.

an
das Auswärtige Amt
in Berlin W 8
Wilhelmstr. 74-76

Betrifft: Abschiebung des Juden sowjetischer Staatsangehörigkeit Max Gurwitsch aus Brüssel.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 26.5.1943 - Inl. II A 4102-.

Die Abschiebung des Juden Gurwitsch nach dem Osten ist am 25-8.1942 erfolgt. Zu dieser Zeit waren die Juden mit sowjetrussischer Staatsangehörigkeit von den Abschiebungsmaßnahmen noch nicht ausgenommen. Sowjetrus-
sische Staatsangehörige werden auf Grund der mit dort
getroffenen

84-48

Bonn, den

Sasse



(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8.1.67

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



getroffenen Vereinbarungen seit dem 5.3.1943 nicht mehr
in die Abschiebungsmaßnahmen einbezogen.

Im Auftrage:

[Handwritten signature]

Bu

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 5. 12. 1966

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

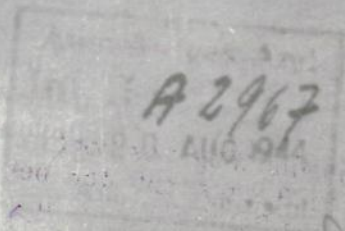


[Large handwritten signature]

Der Reichsführer-
Reichsminister des Innern
Vol. S IV B 4 b Nr. 5072/43-501-5-.

Berlin, den 18. August, 1944.

an
das Auswärtige Amt
in Berlin.



Betrifft: Sowjetrussische Jüdin Fancia R i n g.

Schreiben vom 14.6.1944 - Inl. II A 1531 *von Kr.*

Die 15 Jahre alte Fancia R i n g war von ihrem 3. Lebensjahre an bei dem in Prag wohnhaft, Protektoratsangehörigen und Juden Jakob Meller und dessen Ehefrau Margarete, geb. Rossmann, als Pflege Tochter wohnhaft. Sie wurde als staatenlose Jüdin zum Arbeitseinsatz nach dem Osten abtransportiert. Ihr derzeitiger Aufenthaltsort ist nicht bekannt.

Zu der Frage der Behandlung feindstaatsangehöriger Juden unter 15 Jahren wird bemerkt, daß diese, falls ihre Eltern eine Feindstaatsangehörigkeit besitzen, mit ihnen zu internieren sind. Sofern es sich bei diesen Juden um amerikanische oder britische Staatsangehörige handelt, sind die Mütter mit ihren Kindern im Internierungslager Liebenau

84-48

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den 5.12.1966

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



Handwritten signature or mark at the bottom of the page.

Liebenau oder beide Elternteile im Internierungslager (Familienlager) Vittel, Dep. Vogesen, Frankreich, interniert worden. Sowjetrussische Frauen (auch Jüdinnen), gegebenenfalls mit ihren Kindern sind in das Internierungslager Vittel überstellt worden. Alleinstehende feindstaatsangehörige Juden unter 15 Jahren können, sofern ihre Internierung erforderlich erscheint, ebenfalls im Internierungslager Vittel interniert werden.

Im Auftrage:

gez. Kröning

Beglaubigt:

Shümo
Büroangestellte



Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den

Sasse



(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

[Large handwritten signature]

11

Auswärtiges Amt

Inland II-A/B

L

J

Betreff: Interventionen
verschiedener Länder.

Band: /

vom 19 33,

bis 19 45.

Forts. Band: /

84-60

**)

*) Raum für farbiges Unterklebeschild (Inland, R 230 bis R 236), für Vertretungsstempel (Ausland).

**) Raum für Geschäftszeichen der abgegebenen Registratur.

339/4

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Pomm, den 8. 1. 67

Sasse



(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

[Large handwritten flourish or signature]

R VIII 01063

Notiz

R 3579

3. MAI 1943

Die uruguayischen Staatsangehörigen
Victor SCHACHNA, dessen Gattin Sara und deren
Kinder Joseph, Szaya und Ida, bisher wohnhaft
in Limonowa, ulica Ogrodowa, Generalgouvernement,
sollen im September v.J. festgenommen und ins
Arbeitslager Soulin bei Vianowa ueberfuehrt worden
sein. Es darf um Auskunft ueber den derzeitigen
Aufenthaltort der Genannten gebeten werden.

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den

8. 7. 67

Sasse



(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

51

**Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

Berlin SW 11, den 3. Juni 1943

Prinz-Albrecht-Straße 8

Sprechstunde: Ortsoverkehr 1200-40 · Fernverkehr 1264-21

V B 4 a-3

4453/43

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

An das

Auswärtige Amt

z.Hd. von Herrn Legationsrat von T H A D D E N

B e r l i n W 8

Wilhelmstr. 74-76.

Betrifft: Uruguayischen Staatsangehörigen Victor
S C H A C H N A nebst Ehefrau und Kin-
dern, nähere Personalien sämtlich unbe-
kannt.

./.

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse



(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

Bezug: Schreiben vom 5.5.1943 - Nr. Inl.II A 3579.-

Trotz eingehender Nachforschungen
konnte der jetzige Aufenthaltsort der obengenannten
Personen bisher nicht festgestellt werden.

Im Auftrage:

A handwritten signature in dark ink, consisting of several fluid, connected strokes, likely representing a name like 'E. von ...'.

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse



(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

Köln, den
i. Okt

• Juni 1943 zu Fol. II A 4666

der Kaiserlichen Regierung
-Abteilung Wirtschaftsaufsicht -
Koblenz

Das O. O. bezieht sich auf Rk.

auf den am 12. April 1943
im O. O. Herrn Dr. Oetke von

Dr. Oetke, Dr. Oetke
von Herrn Dr. Oetke

Herrn Dr. Oetke in der Rk.

übergebenen Notiz, betreffend
die kaiserliche Wirtschaftsaufsicht
sowie, Herr Dr. Oetke

Herr Dr. Oetke von Herrn Dr. Oetke

Herr Dr. Oetke

Herr Dr. Oetke (Herr Dr. Oetke)

Herr Dr. Oetke

Herr Dr. Oetke

und Herr Dr. Oetke, sowie
ihre Kinder, Herr Dr. Oetke
Herr, auf Grund einer An-
forderung der kaiserlichen Wirtschaftsaufsicht
bestehen mitteilen, daß der
jetztige Wirtschaftsaufsicht der kaiserlichen
Wirtschaftsaufsicht Herr Dr. Oetke
eingesandte Nachforschungen

Herr Dr. Oetke

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den

8. 1. 67

Sasse



(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

53

bisher nicht festgestellt werden
konnte.

- weiterhin wird daran -

(F. R. O. Dr.)

2.

In Abschrift

an die der Versicherungspolizei
der der ND

auf der Abschrift vom 3. Juni

1943 - II B 4a - 3 - 4453 -
43 -

mit der Bitte um Kenntnisnahme
beifolgt.

F. R.

von Heidecke

Die Übereinstimmung des vor/
stehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den

8. 1. 67

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



h29



Königlich Bulgarische Gesandtschaft

3342

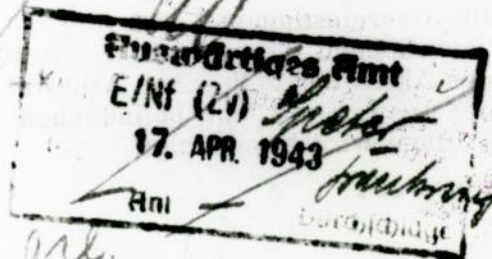
16. IV

1943

Berlin, den

Nr. 1463-X

Verbalnote



Die Königlich Bulgarische Gesandtschaft beehrt sich, das Auswärtige Amt ergebenst zu bitten, den jetzigen Aufenthalt des Ehepaars Leon und Johanna Speter, bulgarische Staatsangehörige, die in Frankreich wohnhaft waren und auf Anordnung der deutschen Besatzungsbehörden in Paris am 30.IX.1942 zusammen mit einer Gruppe nach dem Osten verschickt worden sind, ermitteln lassen zu wollen.

Für die erbetene Bemühung dankt die Königliche Gesandtschaft dem Auswärtigen Amt ergebenst im voraus.

Berlin, den 14. April 1943



An das

Auswärtige Amt

des Deutschen Reiches

Berlin

Meldung:

84-100

10. April 1943

FRAN

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



65

**Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

Berlin SW 11, den 5. August 1943
Prinz-Albrecht-Straße 8
Ortsanruf 12 00 40 · Fernanruf 12 64 21
Reichsbankgirkonto: 1/146 · Postscheckkonto: Berlin 2386

IV B 4 a-3

4622/32

Wie im Schriftverkehr dieses Geschäftszeichen, das Datum und
den Gegenstand angeben

Vlg. *Inl. II A*
Weiterleiten an
Inl. II B *bittet um Beteiligung*
Berlin, d. *10. 8. 43*

An das
Auswärtige Amt

z.Hd. von Herrn Legationsrat von T h a d d e n o.V.i.A.

B e r l i n W 8

Wilhelmstr. 74-76

Betrifft: Ehepaar Leon und Johanna S p e t e r,
bulgarische Staatsangehörige.

Bezug: Schreiben vom 23.6.1943 - Inl. II A 4968. -

Die Ermittlungen nach dem derzeitigen
Aufenthaltort des obengenannten Ehepaares sind
trotz eingehender Nachforschungen ergebnislos verlau-
fen. Sollte nachträglich noch etwas darüber bekannt
werden, erfolgt unaufgefordert entsprechende Nachricht.

Im Auftrage:

Hinsp

84-65

Die Übereinstimmung des vor/
stehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse



(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

56

3. JUL 1943



Dem ausländigen Referat
zur weiteren Veranlassung

No. 4651/11/10466.

E I L T !!!

LEGATIUNEA REGALA A ROMANIEI,
BERLIN.

Auswärtiges Amt
INL II A + 419.

eing. 8. JUNI 1943

Ans. Dopp. d. F.

Verbalnote.

Die Kgl. Rumänische Gesandtschaft beehrt sich dem Auswärtigen Amt folgendes zur Kenntnis zu bringen:

Auf Grund der vom Kgl. Rumänischen Aussenministerium erhaltene Instruktionen hat das Kgl. Rumänische Generalkonsulat in Berlin der in Warschau, Piusstrasse No. 58/7 wohnhaften rumänischen Staatsangehörigen:

Frau Roza Rubin - Robinoff

und deren Sohn David Rubin - Robinoff das Spezialvisum für die Einreise nach Rumänien erteilt und gleichzeitig mit einem unter Zahl 425/11/10466 vom 18. Januar 1943 an das Polizeipräsidium in Warschau gerichteten Schreiben ersucht, dass den Genannten der deutsche Ausreise-Sichtvermerk für die Rückkehr nach Rumänien erteilt wird. Auf dieses Schreiben hat das Kgl. Rumänische Generalkonsulat in Berlin keine Antwort erhalten.

Hingegen hat das Generalkonsulat in Erfahrung gebracht, dass ungeachtet der zu Gunsten der genannten rumänischen Staatsange-

das
Auswärtige Amt
Berlin.

V. Linder

84-60

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den

8.1.67

Sasse



(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

[Large handwritten signature]

Staatsangehörigen gemachten Intervention, dieselbe am 25. Februar 1943 gemeinsam mit ihrem Sohn David aus ihrer in Warschau, Piusstrasse No. 58/7 gelegenen Wohnung verhaftet wurde.

Die seitens des Kgl. Rumänischen Generalkonsulats in Berlin an die Geheime Staatspolizei in Warschau unter No. 1028/11/10466 vom 25. Febr. 1943, No. 2229/11/10466 vom 10. März 1943 und No. 3881/11/10466 vom 27. April 1943 für die Freilassung und Erteilung des deutschen Ausreise-Sichtvermerks für die Rückkehr in die Heimat gemachten Interventionen sind alle unbeantwortet geblieben.

Auf Grund erneuter telegraphischer Instruktionen ersucht die Kgl. Rumänische Gesandtschaft ergebenst:

- 1.) feststellen lassen zu wollen wo sich die genannten rumänische Staatsangehörigen derzeit befinden,
- 2.) zu veranlassen, dass dieselben umgehend freigelassen werden und
- 3.) zu veranlassen, dass den Genannten der deutsche Ausreise-Sichtvermerk für die Rückkehr nach Rumänien erteilt wird.

Frau Roza R u b i n - R o b i n o f f ist am 21. Dezember 1898 zu Ismail/Rumänien geboren und Inhaberin des am 11. Januar 1943 seitens des Kgl. Rumänischen Generalkonsulats in Berlin ausgestellten rumänischen Familienpasses Nr. 316550/1165 in dem auch ihr der im Jahre 1931 zu Warschau geborene Sohn David R u b i n - R o b i n o f f , eingetragen ist.

Die Kgl. Rumänische Gesandtschaft sieht einer baldigen Antwort entgegen und spricht dem Auswärtigen Amt für die freundliche Mühewaltung in dieser Angelegenheit im Voraus ihren besten Dank aus.

Berlin, den 31. Mai 1943.

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit dem bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8.1.68

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



34

**Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

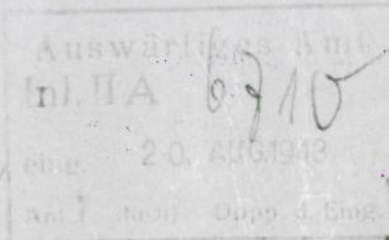
IV B 4 a-3

4273/43

Bitte im Schriftverkehr dieses Geschäftszeichen, das Datum und
den Gegenstand angeben

Vlg. *[Handwritten signature]*
Weiterleiten an *[Handwritten signature]*
Inl. II B bittet um Beteiligung
Berlin, den 20.8.43 *[Handwritten signature]*

Berlin SW 11, den 18. August 1943
Prinz-Albrecht-Straße 8
Ortsanruf 12 00 40 - Fernanruf 12 64 21
Reichsbankgirokonto: 1/146 - Postscheckkonto: Berlin 2386



An das
Auswärtige Amt
z.Hd. von Herrn Legationsrat von Thadden
o.V.i.A.

Berlin W 8
Wilhelmstr. 74-76

Betrifft: Jüdin rumänischer Staatsangehörigkeit
Rosa R u b i n - R u b i n o w, geb. am
21.12.1898 in Jzmail und ihren Sohn David.

Bezug: Schreiben vom 21.6.1943 - Inl. II A 4719 *[Handwritten signature]*

*AHRM *[Handwritten signature]**
Auf Grund der damaligen Vereinbarungen
über die Einbeziehung von Juden rumänischer Staats-
angehörigkeit in die allgemeinen Judenmassnahmen wur-
de die Jüdin R u b i n - R u b i n o w nebst ihrem
Sohn David bereits im Februar dieses Jahres zum Ar-
beitseinsatz nach dem Osten vermittelt. Ihr augen-
blicklicher Aufenthaltsort ist zur Zeit unbekannt.

Im Auftrage:

[Handwritten signature]

84-608

Die Übereinstimmung des vor-
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den

8. 1. 67

Sasse



(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

Handwritten signature or mark, possibly reading 'Sasse' or a stylized 'Z'.

**Der Vertreter des Auswärtigen Amts
beim Reichsprotector
in Böhmen und Mähren**

Prag III, den 31. Mai 1943
Thungasse 18
Fernruf: 601 41, 779 41, 778 41, 649 41

6446/43 D Pol 3 Nr.5

Wird gebeten, dieses Aktenzeichen und den Sachbetreff bei weiteren
Schreiben anzugeben.

4724

~~Int. 3896~~
~~2-2~~

Im Durchdruck - doppelt -
dem Auswärtigen Amt

in Berlin

mit der Bitte um geeignet erscheinende
weitere Veranlassung und Erlass überreicht.

In Vertretung

Int. I

Int. II

f. C. R. v. ...
Pr. 7.6.

1) übernehmen
2) H. R. G. ...
W. 8/6

Rassapolitik 3

hatten, welchem bei der Taufe der Name Kartyz Amed gegeben wurde. Am 5. September 1932 bekannte sich Herr Karihman mit öffentlicher Urkunde zur Vaterschaft und heiratete die Obgenannte am 9. Juli 1938 laut islamischen Ritus beim Amte der islamischen Gemeinschaft in Tressburg.

Mit Anwendung der Rassegesetze in der Slowakei wurde die Diamant zusammen mit ihrem Kinde während der Abwesenheit des Karihman am 7.VII.1942 mit einem Transport aus der Slowakei nach Polen deportiert. Von der Mutter hätte man keine Nachrichten, doch soll sich das Kind in einem Konzentrationslager für jüdische Kinder in der Nähe von Krakau befinden, welches von der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe in Krakau, Josefsinska-Strasse 28, unter der Kontrolle der deutschen Behörden, verwaltet wird.

Das Kgl.Italienische Generalkonsulat wendet sich an die übliche Liebenswürdigkeit des Herrn Vertreters des

An den Herrn Vertreter des Auswärtigen Amts
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren

P R A G

Int. II 4724 43

Die Übereinstimmung des vor-
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den

8. 1. 67

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



57

3890 -43
X
4724

N. 1363

Das Kgl. Italienische Generalkonsulat beehrt sich
sich in nachstehender Angelegenheit an den Herrn Vertreter des
Auswärtigen Amts beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren zu
wenden:

Der albanesische Staatsangehörige Ahmet Karihman,
Sali aus Tetovo (Albanien) mit ständigem Wohnsitz in Brünn,
unterhielt mit der ehemaligen tschechoslowakischen Staatsange-
hörigen jüdischer Rasse, Rosa Diamant, geboren in Holic (Slo-
wakei) am 31.12.1904, Beziehungen, welche die Geburt eines in
Pressburg am 15. Mai 1932 zur Welt gekommenen Kindes zur Folge
hatten, welchem bei der Taufe der Name Kartyz Amed gegeben
wurde. Am 5. September 1932 bekannte sich Herr Karihman mit
öffentlicher Urkunde zur Vaterschaft und heiratete die Obge-
nannte am 9. Juli 1938 laut islamischem Ritus beim Amte der
islamischen Gemeinschaft in Pressburg.

Mit Anwendung der Rassegesetze in der Slowakei
wurde die Diamant zusammen mit ihrem Kinde während der Abwesen-
heit des Karihman am 7. VII. 1942 mit einem Transport aus der
Slowakei nach Polen deportiert. Von der Mutter hätte man keine
Nachrichten, doch soll sich das Kind in einem Konzentrations-
lager für jüdische Kinder in der Nähe von Krakau befinden, wel-
ches von der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe in Krakau, Jose-
finska-Strasse 28, unter der Kontrolle der deutschen Behörden,
verwaltet wird.

Das Kgl. Italienische Generalkonsulat wendet sich
an die übliche Liebenswürdigkeit des Herrn Vertreters des

./.

An den Herrn Vertreter des Auswärtigen Amts
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren

P R A G

Jul. II. 4724 43

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den

8. 7. 67

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



58

Auswärtigen Amts beim Reichsprotector mit der höflichen Bitte
sich gefl. bei den zuständigen Behörden verwenden zu wollen
damit der Knabe Kartys Aned Diamant-Karilman aus dem Konzentra-
tionslager entlassen und seinem in Brunn, Kreuzgasse N.44, wohn-
haften Vater zurückgegeben wird, welcher sodann dessen Heim-
kehr nach Albanien veranlassen wird.

Prag, den 25. Mai 1943/XI.

Die Übereinstimmung des [✓] /
vorstehenden Textes mit dem bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



59

**Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

Berlin SW 11, den 13. August 1943
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: Ortsvorkehr 12 00 40 · Fernvorkehr 12 64 21

IV B 4 a-3 4583/43

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

An das

Auswärtige Amt

z.Hd. von Herrn Legationsrat von Thadden o.V.i.A.

Berlin W 8

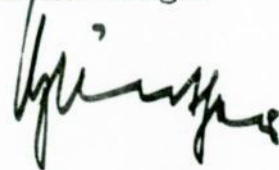
Wilhelmstr. 74 - 76.

Betrifft: Kartyz A m e d , geb. am 15.5.1932
in Pressburg.

Bezug: Schreiben vom 11.6.1943 - Inl. II A -
4724/43.-

Die Nachforschungen nach dem Aufenthaltsort des obengenannten Knaben sind erfolglos geblieben. In den Büchern der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe in Krakau sind keine Eintragungen vorhanden. Nach Mitteilung des Leiters dieser Selbsthilfe ist kaum anzunehmen, dass ~~das Kind~~ nach Krakau oder in die Nähe Krakaus überführt wurde, da sonst Unterlagen darüber vorhanden wären.

Im Auftrage:



84-60

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8.1.67

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



60

SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT
IN DEUTSCHLAND

Int. A 377

EILT SEHR

Die Schweizerische Gesandtschaft, Abteilung
Schutzmachtangelegenheiten, beehrt sich, dem Aus-
waertigen Amt des Deutschen Reichs zur Kenntnis zu
bringen, dass gemäss Mitteilung der Dienststelle
des Auswaertigen Amts im Haag vom 19. April d.J.
(Ref.D.Pol.3Nr./8 Lewin) der salvadorenische Staats-
angehoerige Heinz LEWIN, geboren am 13. Oktober 1910
in Berlin, bisher wohnhaft in Amersfoort, Holland,
Stort Zuid 65, am 23. Maerz d.J. "als Strafjude
zum Arbeitseinsatz nach dem Osten abgeschoben
wurde". Die Gesandtschaft darf darauf hinweisen,
dass der Genannte als salvadorenischer Staats-
angehoeriger anerkannt ist und auf Veranlassung
des Generalkonsulats von Salvador in Genf ein ent-
sprechender Staatsangehoerigkeitsausweis durch
die Gesandtschaft zur Weiterleitung an Herrn
Lewin am 21. April d.J. abgesandt wurde. Die Ge-
sandtschaft waere daher dem Auswaertigen Amt sehr
zu Dank verpflichtet, wenn es veranlassen wollte,
dass Herr Lewin durch die zustaeendigen Stellen als
salvadorenischer Staatsangehoeriger anerkannt und
seine Rueckfuehrung nach Deutschland bzw. Einweisung
in ein Internierungslager angeordnet wird.

Berlin, den 8. Juni 1944.

das
Auswaertige Amt des Deutschen Reichs,

Berlin

S.

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amts befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 7. 67

Sasse



(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

92

**Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

① Berlin SW 11, den 6. September 1944
Prinz-Albrecht-Straße 8
Ortsanruf 12 90 40 - Fernanruf 12 64 21
Reichsbankgirokonto: 1746 - Postscheckkonto: Berlin 2385

IV A 4 b (I)c 4575/44

Im Schriftverkehr dieses Geschäftszeichens, das
Datum und den Gegenstand angeben

An das

Auswärtige Amt

z.Hd. von Herrn Legationsrat von Thadden
o.V.i.A.

Berlin W 8,
Wilhelmstr. 74-76.

Betrifft: Juden Heinz Lewin, geb.
am 13.10.1910 in Berlin.

Bezug: Schreiben vom 4.7.1944 - Inl. II A -
2113 .-

Der Jude Lewin war früher deut-
scher Staatsangehöriger und wurde auf Grund der
11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz staaten-
los. Als er Anfang dieses Jahres in Haft genommen
wurde, weil er gefälschte Personalausweise be-
nutzt und den vorgeschriebenen Judenstern nicht
getragen hatte, bezeichnete er sich übrigens
selbst als "staatenlos". Er wurde daraufhin als
straffällig gewordener Jude zum Arbeitseinsatz
nach dem Osten abgeschoben. Sein derzeitiger
Aufenthalt ist hier unbekannt. Bei dem durch
das Generalkonsulat von Salvador in Genf ausge-
stellten Staatsangehörigkeitsausweis handelt es
sich offensichtlich um einen sogenannten "Ge-
fälligkeitsspass".

Im Auftrage:

[Handwritten signature]

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 7. 67

Sasse



(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

Handwritten signature or initials in black ink, consisting of a large, stylized 'E' and a checkmark-like stroke.

Die Schweizerische Gesandtschaft, Abteilung
Schutzmachtangelegenheiten, beehrt sich, dem Auswär-
tigen Amt des Deutschen Reichs unter Bezugnahme auf
seine Verbalnote vom 12.d.M. - Nr.Inl.II A 3171 -
zur Kenntnis zu bringen, dass in ihrer Note vom 8.Ju-
li d.J. -Nr. 848 - irrtuemlicherweise Herr Werner
LEWIN nicht aufgefuehrt wurde. Die in der erwachten
Note fuer Herrn Heinz LEWIN gemachten Ausfuehrungen
sind auch fuer Herrn Werner LEWIN, geboren am 13.10.10,
in Berlin, zutreffend.

Die Gesandtschaft waere dem Auswaertigen Amt
zu Dank verpflichtet, wenn es ihr auch bezueglich des
Genannten die erbetenen Angaben zukommen lassen wollte.

Grosswudicke, den 29.September 1944.

An das Auswaertige Amt des Deutschen Reichs

B e r l i n

1-3205-1-3302
/Jgl.
↓
von mir
am 6.8. mit
3205-400
gefragt
17.10.
10.

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit dem bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den

8. 1. 67

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



8. 1. 67

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

① Berlin SW 11, den 25. Oktober 1944
Prinz-Albrecht-Straße 8
Ortsanruf 12 00 40 · Fernanruf 12 64 21
Reichsbankgirokonto: 1/146 · Postscheckkonto: Berlin 2386

IV A 4 b (I)c 4575/44

Bitte im Schriftverkehr dieses Geschäftszeichens, das
Datum und den Gegenstand angeben

An das

Auswärtige Amt

z.Hd. von Herrn Legationsrat von Thadden
in Berlin W 8,
Wilhelmstr. 74-76.
o.V.i.A.

Betrifft: Juden Werner Israel Lewin
- nähere Personalien unbekannt -.

Bezug: Schreiben vom 7.10.1944 - Inl.II A
3307.-

Da die für die Bearbeitung dieser Ange-
legenheit früher zuständig gewesene Dienststelle
inzwischen aufgelöst worden ist und Aktenmaterial
über den obengenannten Juden nicht mehr festge-
stellt werden konnte, können nähere Einzelheiten
nicht mitgeteilt werden. Sollte der gegenwärtige
Aufenthaltort des Juden Lewin nachträglich
noch bekannt werden, erfolgt unaufgefordert ent-
sprechende Mitteilung.

In Auftrage:

[Handwritten signature]

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den

8.1.67

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



Handwritten signature or initials in black ink, consisting of a large, stylized 'S' followed by a checkmark-like stroke.



Ref. Stichl.

Inland II A/B

Interventionen:

"Argentinien"

Serial 1155012380213. 380900.

Serial 20 P10 2

by Electric Counter

Jul 8
A/B
340

Jul 8
A/B
105

1940

1940

84-60 Sdb Argentinien

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt
Bonn, den 8. 1. 67

Sasse



(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

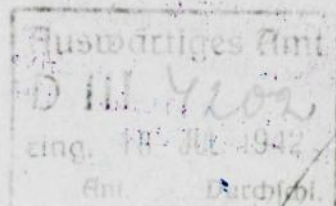
61

**Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

Berlin SW 11, den 9. Juli 1942.
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: Ortsverkehr 12 00 40 - Fernverkehr 12 64 21

IV B 4 a 982/42

Wie in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben



An das
Auswärtige Amt

in Berlin W 8,
Wilhelmstrasse 74-76.

Betrifft: Argentinischen Staatsangehörigen und
Juden Gerschon W i l l n e r , geb.am
12.11.1904 in Jacmierz.

Bezug: Schreiben vom 16.6.1942 - D III 3435 - .

nicht zu finden 06/12/42

Der obengenannte argentinische Staatsangehörige und Jude ist am 12.4.d.Jrs. trotz reichlicher Verabreichung von Stärkemitteln an Herzmuskelschwäche verstorben. Ich bitte um Kenntnisnahme.

Im Auftrage:

gez.: E i c h m a n n .

Beglaubigt:

Kanzleiangestellte



84-60

Lehmann

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den

8. 1. 67

Sasse



(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

62

Berlin, den 20. Juli 1942 F. zu D III 4202

An den Chef der Sicherheitspolizei
und den G. D.

Bezug hat das Schreiben vom
Juli 1942 - D III 42 -

982/42 - 1, Betr. den
tenden argentinischen
Kontingentsangelegenheit

Prof. Dr. Willner

Das Kontingent ist

~~am~~ im wesentlichen
unter Kriben ausge-
geben. Kribenbesitz der O. G.
vom 16. Juni 1942

- D III 3435 - ist

L. i. G. G. R. Klingenberg

g. Zt. im folgenden Ge-
schäftsbereich nicht auf-
zuführen.

Es hat daher das Ge-
schäftsbereich der
Kriben vom 16. Juni
1942 und dessen An-
gaben einzeln abgeben
werden.

J. O.

(Klingenberg)

1942

1942

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den 8. 1. 67

Sasse

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



64

**Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

IV B 4 a

982/42

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 29. Juli 1942.

Prinz-Albrecht-Straße 8

Sprechstunde: Ortsverkehr 1200-1400 Fernverkehr 1200-1400

Weiterleiten an

D U bittet um Beteiligung

Berlin, den _____

An das

Auswärtige Amt

in B e r l i n W. 8,

Wilhelmstr. 74-76.

Betrifft: Argentinischen Staatsangehörigen und
Juden Gerschon W i l l n e r , geb.
am 12.11.1904 in Jacmierz.

Bezug: Schreiben vom 20.7.1942 - D III 4202 - .

Anlagen: - 3 -

Als Anlage übersende ich wunschgemäß
Abschrift des dortigen Schreibens vom 16.6.1942
nebst Anlagen zur Kenntnisnahme.

Im Auftrage:

[Handwritten signature]

84-60

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 7. 67

Sasse



(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

65-

Abschrift.

Auswärtiges Amt

Berlin W 8, den 16. Juni 1942.

Nr. D III 3435

S C H N E L L B R I E F

In der Anlage übersende ich a) eine Abschrift der Note der Argentinischen Botschaft Berlin vom 17. April 1942 b) eine Abschrift des Berichts des Beauftragten des Auswärtigen Amts beim Generalgouverneur in Krakau vom 4. Juni 1942.

Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Haltung Argentiniens Deutschland gegenüber ist es aus aussenpolitischen Gründen dringend erwünscht, dass der in der Note der Argentinischen Botschaft erwähnte Jude argentinischer Staatsangehörigkeit Gerson W i l l n e r nicht in ein Konzentrationslager gebracht wird. Andererseits wird eine Ausreise zu verhindern sein, damit Willner sich nicht propagandistisch gegen uns betätigen kann.

Für eine Nachricht über die dort getroffene Entscheidung wäre ich dankbar.

Im Auftrag

Unterschrift unleserlich.

An den

Reichsführer-~~W~~ und Chef der
Deutschen Polizei

B e r l i n

F.d.R.d.A.:

Johsch.
Kanzleiangestellte.

4624

Übereinstimmung des vor/
ehenden Textes mit der bei
Akten des Politischen Archivs
Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 68

Sasse

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



66,

Abschrift von Abschrift.

Embajada de la Republica Argentina
Nr. 163 M.A.

Die Argentinische Botschaft hat die Ehre, sich an das Auswärtige Amt zu wenden, um ihm bekannt zu geben, dass nach einer ihr zugegangenen Mitteilung Herr Gerson W i l l n e r , der sich als argentinischer Staatsbürger ausgibt, in dem Ort Jacmierz durch die Behörden von Sanek festgenommen wurde, die auch seine sämtlichen Ausweispapiere festgehalten haben, aus denen seine argentinische Staatsangehörigkeit hervorgeht. Es wird hinzugefügt, dass die Polizeibehörde der Stadt Lemberg über die argentinische Staatsangehörigkeit von Herrn Willner unterrichtet war, da er in der Fremdenliste bei derselben geführt wurde.

Die Botschaft dankt dem Auswärtigen Amt im voraus für die Auskunft, die es ihr in vorerwähnter Angelegenheit erteilen kann.

Berlin, den 17. April 1942

(Stempel)

E.d.R.d.A.:
Joksch
Kanzleiangestellte.

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den

8. 1. 67

Sasse



(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

67

Abschrift
von Durchschrift.

R VIII 02324

Der Beauftragte des Auswärtigen
Amtes beim Generalgouverneur.

Krakau, den 4. Juni 1942.

Pol 3 Nr. 4 Willner

3 Durchschläge

Auf den Erlass vom 24.4.1942
- R VIII 1560 -

Inhalt: Verbalnote der Argentinischen
Botschaft vom 17.4.1942 betr.
den argentinischen Staatsange-
hörigen Gerson Willner.

Der Kommandeur der Sicherheitspolizei
und des SD im Distrikt Krakau, teilt mit, dass
der argentinische Staatsangehörige Gerschon
Willner, geboren am 12.11.1904 in Jacmierz,
zuletzt wohnhaft in Lemberg, am 27.12.1941
festgenommen worden ist, weil er sich trotz
polizeilicher Anordnung aus seiner Wohnung ent-
fernt und auf diese Weise die Enteignungsaktion
der Pelzsachen erheblich erschwert hat. Er ist
in die Deutsche Strafanstalt in Tarnow einge-
liefert worden. Es ist beabsichtigt, den Juden
Willner in das Konzentrationslager Auschwitz
zu überstellen.

gez. Wühlisch.

An

das Auswärtige Amt,

B e r l i n .

F.d.R.d.A.:

J. Kuch.
Kanzleiangeestellte.

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den 8. 7. 67

Sasse



(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

68

Berlin, den

August 1941

Zu D III

4624

An

die *Argentinische* Botschaft

~~Gesandtschaft~~

Kauf Klingaufsch
M. von

Ref.: Legationsrat
Rademacher

Abg.
bei Pol. *IX*

z.g. Mitz.

Verbalnote.

Das A.A. beehrt sich der pp. *auf* im An-

schluß an die Verbalnote vom *14. April*
1942 - Nr. 163 K A -

betr. den *Garfoer* Staats-
angehörigen *Wollner*, der sich als
argentinische Staatsbürger
adigab,

auf Grund einer Äußerung der zuständigen
inneren Behörde folgendes mitzuteilen;

z.d. A.

Wollner ist am 13.
Kanzlei

1 Durchschlag der Reinschrift der Angabe zu 1)
ist z.d.A. zu fertigen.

April 1942 trotz wirtsch.
der Überbrückung von
Wohlkühnswitzeln an Groz-
mündelgeschäften gestanden.

Es ist der künftigen
wegung von Pol. IX
12. 8. in der unben-
ante Ausgabe.

(F. O. o. O.)

St. O.
Per, am 14. August 1942

wenden!

Folz 14.

Übereinstimmung des vor/
stehenden Textes mit der bei
Akten des Politischen Archivs
Auswärtigen Amts befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

Die Übereinstimmung des vor/
stehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amts befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 8. 1. 62



Sasse
(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

69

Gew. G. K. K.

Alingens

g. gen. Aufhebung.

13/8

von f. P. Klinge

Die Sache der Unternehmung an
 die Agenten des bayerischen Staates
 wird übergeben. Es liegt vor
 → ausstehende der Zustände für werden.
 Die bayerische Staatsregierung auf der Aufhebung
 der bayerischen Staatsregierung und bayerischen Staat
 der bayerischen Staatsregierung für bayerischen

Staat

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse



(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

OL

2.)

Unter 1 Durchschlag der
Reinschrift der Angabe zu 1)
ist zu setzen:

In Abschrift

dem *Hof der Kaiserhofkellerei*
zu Wien

auf das Schreiben vom 29. Juli
1942 - IV B 4a 982/42 -

mit der Bitte um Kenntnis-
nahme

zur Kenntnis übersandt.

I. A.

~~(Rademacher)~~

10/12
10.10.
8.

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den 8. 1. 67

Sasse



(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

71

Inl. II A/13

83-26

Inl. II A/B

32/1

Inland II A/B

Aktenreiche Sachen

(Neu-Eingänge)

- verschiedenes -

Serial E/552/338538, 338539

Filed 13 22 22

by Electric Counter

Jahr: 1944/45

Inl. II
A/B
32/1

Früher
— — —

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 6.7.69

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



153

Berlin, den Oktober 1943.

zu Inl. II A 7835.

An

den Reichsführer H pp.

S O F O R T !

Anschluß an das Schreiben vom
Juni 1943 - Inl. II A 4794 -.

f.: Leg.-Rat von T H A D D E N .

Int. A 10078

Das Deutsche Konsulat in Harbin hat um beschleunigte Durchführung der Ausbürgerung gebeten, da zur Zeit Verhandlungen zwischen der Deutschen Gesandtschaft in Hsinking und der mandschurischen Regierung über Einführung eines obligatorischen Abzeichens für Reichsdeutsche stattfinden.

Es wird um baldige Mitteilung gebeten über den derzeitigen Stand des Ausbürgerungsverfahrens.

ab: 8. 10. 43

I. A.

gez. von T H A D D E N .

Die Verfügung zu Ziffer 3) bei der Angabe zu Inland II A 4794 wegen Fertigung von Fotokopien dürfte noch auszuführen sein.

Z. d. A.

sim. 10/10

AS

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 6.7.67

[Signature]
(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



134

Reichssicherheitshauptamt

IV B 4 c² - Nr. 6010/43 -

Mit in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum
angeben

An das

Auswärtige Amt

in Berlin.

Berlin SW 11, den 18. November 1943.
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 120040

Betrifft: Ausbürgerung deutscher Staatsangehöriger in Harbin. *de*
Bezug: Schreiben vom 7.10.1943 - Inl. II A 7835 *11*

Die in Frage kommenden Staatspolizeistellen wurden bereits im August ds.Js. zur Vorlage entsprechender Ausbürgerungsvorschläge gegen die im dortigen Schreiben vom 24.6.1943 bezeichneten Personen ersucht. Es wurde an die Erledigung der Angelegenheit erinnert. Von dem Abschluß der Ermittlungen wird in Kürze Kenntnis gegeben.

Im Auftrage:
gez.: M i s c h k e .

Beglaubigt:

Bitte wenden!

Behrendt
Kanzleiangeestellte.

Be.

23-26

10078

11

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

18. Juli 1967

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat





07124

Ambasciata d'Italia

Verbalnote

Die Leitung der italienischen Konsularangelegenheiten in Athen hat am 30. März d.J. der dortigen deutschen Vertretung mit der in Abschrift in deutscher Sprache hier anliegenden Aufzeichnung die Bitte vorgetragen, sich zwecks Absonderung und Befreiung des italienischen Staatsangehörigen Giulio Giacomo Gani, welcher im selben Monat März d.J. aus Athen nach einem Konzentrationslager für Juden abtransportiert worden war, einsetzen zu wollen. Da aber Genannter nach einem hier nicht bekannten Ort ausserhalb Griechenlands versetzt wurde, teilte alsdann obige italienische Konsularvertretung mit, dass -nach Angaben der dortigen deutschen Behörden- die Sache unter das Zuständigkeitsbereich der Zentralen Reichsbehörden fällt.

Giacomo Giulio Gani ist mütterlicherseits jüdischer Herkunft. Sein Vater, Giulio Gani, ist in Alexandrien im Jahre 1911 verstorben. Seine Mutter lebt in Mischehe mit dem arischen italienischen Staatsangehörigen Mario Alberici di Barbiano, der bei den italienischen Behörden wohl angesehen ist und dem von Jugend auf der italienische Staatschef freundschaftlich verbunden ist. Aus den ebenfalls hier beiliegenden Angaben des Herrn Alberici di Barbiano geht hervor, dass der Vater des Giacomo Giulio Gani arischer Rasse war.

Die betreffenden Akten wurden von der Botschaft, vor Einleitung dieses Schrittes, durch das italienische Ausserministerium, dem Duce zur Einsichtnahme vorgelegt, welcher den Wunsch einer Intervention bei den Reichsbehörden zur möglichen

./.

An das
Auswärtige Amt
Berlin

83-26 Ital.

Die Übereinstimmung des ~~vor~~/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den 5. 12. 66

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



[Large handwritten signature]

Befreiung des Gani zum Ausdruck gebracht hat.

In diesem Sinne beehrt sich die Italienische Botschaft, das Auswärtige Amt zu bitten, freundlichst die Angelegenheit einer Überprüfung unterziehen und sich dem entsprechend bei den zuständigen Stellen verwenden zu wollen. Sie dankt dem Auswärtigen Amt dafür bestens im Voraus.

F. A.

Berlin, den 15 AGO. 1944



- Anlagen: Übersetzung einer Aufzeichnung der Leitung Italienischer Konsularangelegenheiten in Athen an die dortige deutsche Vertretung;
- 2) Gesuch des Herrn Mario Alberici di Barbiano an den obersten Polizeiführer in Athen;
 - 3) Notiz über den Katholisch-arischen Ursprung der Familien Gani;
 - 4) Abschrift einer Erklärung von 3 Jugendfreunden des Gani über seine Beschneidung;
 - 5) Befürwortung der apostolischen Delegation in Athen;
 - 6) Fotokopie der Geburtsurkunde des Gani;
 - 7) " eines Zeugnisses der Frères des écoles chrétiennes in Kanea (Kreta)
 - 8) " der Geburts- und Taufurkunde des Gani vom Pfarramt St. Dionys in Athen.

Übereinstimmung des vor/ *nun*
stehenden Textes mit der bei
Akten des Politischen Archivs
Auswärtigen Amtes befindlichen *Vor-*
lage wird bescheinigt.
n, den 5. 12. 66

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



152

**an Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

Berlin SW 11, den 16. Oktober 1944
Prinz-Albrecht-Straße 8

Ortsanruf 12 00 40 - Fernanruf 12 64 21
Reichsbankgirokonto: 1/146 - Postscheckkonto: Berlin 2386

A 4 b - 4671/44

Im Schriftverkehr dieses Geschäftszeichens, das Datum und
den Gegenstand angeben

An das

Auswärtige Amt

z.Hd. von Herrn Legationsrat von Th a d d e n o.V.i.A.

in B e r l i n W 8,

Wilhelm Str. 74-76.

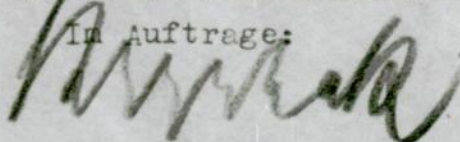
Betrifft: Italienischen Staatsangehörigen Giulio Giacomo Gani.

Bezug: Schreiben vom 1.9.1944 - Inl. II A 2838 -

Die Ermittlungen nach dem gegenwärtigen Aufent-
haltsort des Obengenannten sind ergebnislos verlaufen.

In dem evtl. in Frage kommenden Konzentrations-
lager befindet sich eine Person dieses Namens nicht.

Im Auftrage:



83-2674

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den 5. 12. 66

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



ANSWÄRTIGES AMT

Berlin, den 10. August 1944.

W. Inl. II A 2449.

Das französische Secrétariat à la Défense hat durch die Deutsche Botschaft in Paris einen Sterberegisterauszug für den französischen Kriegsgefangenen Adolf Israel MOLDAUER angefordert. Nach Mitteilung der Wehrmachtauskunftsstelle für Kriegerverluste und Kriegsgefangene ist MOLDAUER im Konzentrationslager Weimar-Buchenwald verstorben.

Es wird gebeten, für den Genannten einen Sterberegisterauszug ausfertigen und hierher übermitteln zu lassen.

Im Auftrag

gez. Dr. ~~BRANDT~~ *Reichel*

den Chef der Sicherheits-
polizei und des SD.

B e r l i n W. 62,
Kurfürstenstraße 116.

min nach 2 Monaten n. F.

A 107/8

17.8.44

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

6.7.67

Sasse

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



155

Berlin, den 28. Oktober 1944.

Inl. II A 2449 Ang. II.

Schluß an das Schreiben vom 10. August 1944
- Inl. II A 2449 -.

Der mit dem oben angesprochenen Schreiben erbetene Sterberegisterauszug für den französischen Kriegsgefangenen Adolf Israel MODAUER, der im Konzentrationslager Weimar-Buchenwald verstorben ist, steht noch aus.

Ich wäre für baldige Erledigung dankbar.

Im Auftrag
gez. von T H A D D E N .

den Chef der Sicherheits-
polizei und des SD.

Berlin W. 62.
Kurfürstenstraße 116.

In nach 2 Monaten n. F.

H.- 116

Handwritten signature and date 11/11

Handwritten date 28/10

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 6.7.67

[Handwritten signature]

(Dr. Sessel)
~~Vortragender~~ Legationsrat
~~gelder~~ Legationsrat

156



Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

IV A 4 b (I) c 4733/44

Bitte im Schriftverkehr dieses Geschäftszeichen, das Datum und
den Gegenstand angeben

Berlin SW 11, den 8. Dezember
Prinz-Albrecht-Straße 8

Ortsanruf 12 09 40 · Fernanruf 12 64 21
Reichsbankgirokonto: 1/146 · Postscheckkonto: B 1

An das
Auswärtige Amt
z.Hd. von Herrn Legationsrat von Thadden o.Via.
Berlin W 8,
Wilhelmstr. 74-76.

Betrifft: Juden Adolf Israel Moldauer, geb.
am 18.1.1906 in Czernowitz/Rumänien.

Bezug: Schreiben vom 10.8 und 28.10.1944 -
Inl. II A 2449.-

Anlage: - 1 -

8 3 - 3 3

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

6.7.67

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



158

Als Anlage wird die gewünschte Sterbeurkunde
für den obengenannten Juden übersandt.

Im Auftrage:

[Handwritten signature]

zu Inl. II A 4126.

Leg.-Rat Dr. BOBRIK
Inland II B.

- 1.) Unter Rückerbittung
dem Referat Kult Pol L II

*L. 20/4
Inf II a H. Lipschitz*

Lein.
Li.
mit dem Anheinstellen vorgelegt, den Sterbere-
gisterauszug für den 28. März 1942 in Weimar-Buchenwald
verstorbenen französischen Kriegsgefangenen Adolf Israel
MOLDAUER, geboren am 18. Januar 1906 in Czernowitz (Ru-
mänien), vorgelegt.

Berlin, den 4. Januar 1945.

er bei Inl. II A
449 Ang. II verfügte
termin von zwei Monaten ist zu löschen.
d. A.


[Handwritten signature]

A 4/7.

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

6.7.67


(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat

157



Ausweichquartier: Gestüt Staffelde
(Osthavelland)

ISCHE GESANDTSCHAFT
BERLIN

48/12

A 2347

8 JUL 1944

Die Irische Gesandtschaft beehrt sich dem Auswärtigen Amt mitzuteilen, dass irische Freunde sich nach

Frau und Fräulein Walkowska
Concentrations Lager

OSWIECIM Frauenlager
Number 45713 Ausschuss O/S

erkundigen. Letzte Adresse der Genannten bevor der Internierung SOKULE bei ZYRARDOW Polen.

Staffelde, Osthavelland, 29.6.44.

An das Auswärtige Amt.

B e r l i n .



84-35

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

6.7.67

Sasse

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



167

Durchdruck als Konzept (R'Schrift lb.) Ko. Blm, den 7. Juli 1944

Auswärtiges Amt

Inl. II

A 2347

Nochmals 1 Woche

A 3309

A 4229

10/9

1.)

Abschriftlich Inl. II

Inl. II

dem Reichssicherheitshauptamt, z.Hd. von
SS-Obersturmbannführer Eichmann

Kurfürstenstr. 116

s. umseitig
Abschr. d. Eing.

zur Kenntnisnahme übersandt.

Das Auswärtige Amt wäre für Mitteilung dankbar, ob die Irischen
Gesandtschaft eine Antwort über die Jüdinnen Walkowska erteilt
werden kann.

31.9

4.9

8.9

Mit Worm (RSWA) bespr.
Baldige Antwort wurde in
Anschauung gestellt.

Im Auftrag

gez. v. Thadden

[Signature]

Tel. angenommen
12. 10/9.

10. 10/9.

2.) Wv.

1 Monat

Nach 14 Tage

18/9
19/8

Die Ubereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amts befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 6.7.67



166

Sasse
(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat

A u f z e i c h n u n g

Herr L e n n a r t, Delegierter vom Internationalen Roten Kreuz, suchte mich heute auf und trug folgendes vor:

Herr S ü n d e r m a n n habe in der Pressekonferenz vom 21.7.44 erwähnt, anlässlich des Besuches von Delegierten des IRK in Theresienstadt, wie gut die Juden in Deutschland behandelt würden. Das IRK sei aufgrund dieser Bemerkung, die für Theresienstadt unzweifelhaft richtig gewesen war, daran interessiert, auch weitere Judenlager, und zwar zunächst das Lager Bergen-Belsen zu besichtigen. Es würde aber auch gerne andere Lager sehen. Man sei bereit, als Gegenleistung auch Lager mit deutschen politischen Gefangenen in Übersee oder sonstigen Gebieten zu besuchen und die Gefangenen zu betreuen.

Ich erwiderte, daß ich die Möglichkeit eines Besuches in Bergen-Belsen unverzüglich prüfen werde. Ich sei selbst kürzlich in dem Lager gewesen und sei davon überzeugt, daß die Delegation in dem Lager trotz seines völlig anderen Charakters die gleichen Feststellungen wie in Theresienstadt treffen werde. Ich müsse mir jedoch eine Stellungnahme aus dem Grunde vorbehalten, weil m.E. zwischen dem Besuch eines Judenlagers und einem Lager von politischen Gefangenen im Ausland ein entscheidender Unterschied bestehe. In dem einen Fall handele es sich um Reichsangehörige, und es bestehe ein Rechtsanspruch des Reiches darauf, daß die Betreffenden gut behandelt würden. Im anderen Fall handele es sich um deutsche Juden, und es fehle dem Ausland jede Legitimation sich um die rein internen deutschen Dinge zu kümmern. Wenn wir überhaupt, wie im Falle Theresienstadt, die Genehmigung zum Besuch eines solchen Lagers erteilt hätten, so sei dies eine Geste, um wieder einmal schlagend zu dokumentieren, wie unsinnig die verlogene Propaganda des Auslandes sei.

Daraufhin erklärte mir Herr Lennart, ob sie dann vielleicht die Genehmigung zum Besuch von Konzentrationslagern mit politischen Häftlichen aus Norwegen usw. erhalten könnten. Auch insoweit sei es doch gut, wenn die feindliche Greuelpropaganda einmal widerlegt würde.

Ich

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

6. 7. 67

Sasse

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



159

Ich erkläre, daß ich dies auch für gut hielte, daß Konzentrationslager ja auch bereits mehrfach zur Besichtigung freigegeben seien. Ich sei jedoch in dieser Frage nicht zuständig und würde der zuständigen Stelle die Bitte weiterleiten.

Hiermit

über Herrn U.St.S. Pol

Herrn Staatssekretärs

mit der Bitte um Weisung vorgelegt, ob an den Besuch eines Judenlagers wie Bergen-Belsen oder eines KZ-Lagers ein besonderes politisches Interesse des AA besteht und bei SS-Obergruppenführer Kaltenbrunner die entsprechenden Schritte wegen einer Genehmigung unternommen werden sollen. In beiden Fällen werden voraussichtlich seitens des RSHA schwerwiegende Bedenken bestehen.

AA R hat Poppel

Berlin, den 7. Oktober 1944.

Zul. II

Thadden

*Für Herrn St.S. soll es für zweckmäßig,
wenn diese Besuche 2 H. unterbleiben.*


Winkler 11/10

WV 2 Wochen

26/10

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 6. 7. 67



(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



160

Ref: VLR.Dr.Kundt
RA.Dr.Schneider

zu Inl.II A 3466/44

An Int. II A

Im Referat R XII sind verschiedene Vorgänge in Bearbeitung, betr. Besuch eines Schutzmachtvertreters und Vertreters des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in den Lagern Bergen-Belsen, Theresienstadt ua. Die Erledigung dieser Vorgänge ist bis zur Entscheidung des Herrn Staatssekretärs zur dortigen Aufzeichnung vom 7.10.44 -Inl.II A 3466- zurückgestellt.

R XII bittet um Mitteilung, welche Entscheidung auf die Aufzeichnung ergangen ist und was weiter von Inl.II A veranlaßt wurde. Um Beteiligung von R XII wird gebeten.

Liebenau, den 26. Oktober 1944.

H. Dr. Schneider
(3. R. R XII)

VLR Kundt erg. 7. R R XII
Entscheidung des H. St. L.
geht mit der Bitte um Kon.
bei. Int II wird Angelegenheit
sofort neu aufgreifen, sobald
durch Vergrößerung von Bergen-Belsen
die bisherigen Gründe für die negative
haltung des SP weggelassen sind.
etwa 3-4 Wochen
IV. in 3 Wochen

Rey

Nochmals Monat
26/10
11/12

alle über Konzept
in Hand
11/11

16
R XII

WV 2 Wochen
25/11

R 4324/2

Manuskripte
zum Int II A
zurückgeführt 11/11

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 6. 7. 67

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



161

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt:

Bonn, den 6. 7. 67

Sasse

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



bestehenden Quarantaine-Bestimmungen zurzeit aber unmöglich sei, selbst wenn die Genehmigung erteilt werden sollte.

2.) Herr von Otter wollte mir eine Aufzeichnung wegen der Überführung von rund 20 Juden norwegischer Staatsangehörigkeit, die vor 1 1/2 Jahren aus Norwegen nach Polen deportiert worden sind, nach Schweden übergeben.

Unter Hinweis darauf, dass diese Bitte bereits vor einem Jahr abgelehnt worden sei, und dass den Schweden jegliche Legitimation fehle, wies ich die Entgegennahme der Aufzeichnung ab.

3.) Herr von Otter brachte erneut die Fälle Fågel, Hartogsohn, Benno, Krogmann und Hess zur Sprache.

Es handelt sich hierbei um dänische Juden, bei Hess um niederländische, die durch Neueinbürgerung in Schweden unmittelbar vor oder nach der Deportierung die schwedische Staatsangehörigkeit erworben haben sollen. Die Schweden hatten diese Fälle bereits im vorigen Jahr zur Sprache gebracht. Ein Bescheid wurde ihnen bisher nicht erteilt. Herr von Otter bat, in diesen Fällen grosszügig zu sein und den Betreffenden die Ausreisegenehmigung von Iheresienstakt zu erteilen und wies dabei auf humanitäre Gesichtspunkte hin. Zur Unterstreichung seiner Ausführungen hinterliess er die vier anliegenden Notizen.

Die Übereinstimmung des y /
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 6. 7. 69

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



163

Ich erwiderte Herrn von Otter

a) Es handele sich wieder um Neueinbürgerungen gegen deren Anerkennung grundsätzliche Bedenken bestünden wegen der zu erwartenden Wiederholung in Budapest seien bereits über 4.000 Fälle bekannt geworden.

b) Auch die Schwedische Regierung sei nicht in der Lage, die Garantie dafür zu übernehmen, dass die zur Entlassung Gelangten sich der Verbreitung unwahrer Greueltaten enthielten. Leider sei die Auslandspresse für solche Greueltaten sehr aufnahmefähig und wir hätten bereits bedauerliche Erfahrungen sammeln müssen.

c) Dass es den Juden nicht schlecht gehe, hätte der Besuch einer Kommission in Iheresienstadt bewiesen. Auch schwedischerseits hätte man Gelegenheit gehabt, sich in Iheresienstadt von dem Wohlergehen dieser Juden zu überzeugen. Wenn die Schwedische Gesandtschaft hiervon keinen Gebrauch gemacht habe, weil durch einen schwedischen Feiertag an dem fraglichen Tage kein Angestellter der Gesandtschaft Berlin verlassen konnte, dann sei das schliesslich nicht unser Fehler.

Herr von Otter erwiderte, er bitte doch sehr um positive Prüfung und recht baldigen Bescheid

Das

Die Übereinstimmung des v. /
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 6.7.67

Sasse

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



164

Das Reichssicherheitshauptamt lehnt, wie mir der zuständige Sachbearbeiter mitteilte, jede Debatte über diese Fälle ab, da auf Grund der Weisung des Reichsführers-SS bereits ghettoisierte Juden nicht freigelassen werden dürfen.

Hiermit

über Herrn U.St.S. Pol

Herrn Staatssekretär n. H.

mit der Bitte um Weisung vorgelegt, ob die neuen schwedischen Interventionen zurückgewiesen werden können, oder ob der Reichsführer-SS gebeten werden soll, Ausnahmen zuzulassen und das Reichssicherheitshauptamt mit entsprechender Weisung zu versehen.

Berlin, den 12. Oktober 1944.

Shadalen

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 6. 7. 67



(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



- 1.) Anliegende Verbalnote noch nicht absenden.
- 2.) Zunächst Pol. IVa mit der Bitte um Stellungnahme vorgelegt.

Das Schreiben des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD in Sache Gani ist von einem jungen Referenten im Juden-Referat des Reichssicherheitshauptamtes unterzeichnet. Es entsteht die Frage, ob ein politisches Interesse im Hinblick auf die persönliche Intervention des Duce als wünschenswert erscheinen lässt, sich mit der Antwort noch nicht zufrieden zu geben, sondern die Stellungnahme des Amtes Gruppenführers Müller oder seines Vertreters zu erbitten.

Sachlich dürfte allerdings an der Entscheidung eine Änderung nicht zu erwarten sein, denn entweder ist Gani tatsächlich nicht mehr auffindbar, oder aber er ist Geheimnisträger geworden, sodass die Erfüllung des Wunsches des Duce aus Abwehrgründen keinesfalls möglich ist. Auch in diesem Fall pflegt gewöhnlich die Formulierung "nicht auffindbar" gewählt zu werden, um weiteren Interventionen vorzubeugen.

Berlin, den 2. November 1944.

Thadden

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

5. 12. 66

Sasse

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



Handwritten signature or initials, possibly 'Sasse' or 'S/V'.

A 2334

V e r m e r k zu Inland II e

Mit Rücksicht darauf, dass die Intervention der Italienischen Botschaft für den italienischen Mischling 1. Grades G a n i auf persönliche Anordnung des Duce erfolgt ist, halte ich es für erforderlich, unter Hinweis auf diese Tatsache die Stellungnahme des Gruppenführers Müller oder seines Vertreters zu erbitten. Wir haben ein politisches Interesse daran, die nicht sehr häufigen Fälle, in denen der Duce sich persönlich für derartige Angelegenheiten interessiert, nicht formularmässig zu behandeln, sondern die Italienische Botschaft eine besonders intensive Befassung der beteiligten inneren Stellen erkennen zu lassen.

Hiermit

Inland II

wieder vorgelegt.

Berlin, den 4. November 1944

Müllerbach

*(28.9.51)
Mit Aufhebung Bundesgesetz Presse wird
Entscheidung von Graf Müller herbeigeführt*

2/IV 10 Tage

Post 3/11

*Folkmann
Birkhoff*

*Christ. Jachow
wird. Berlin
erhalten
Hans in Berlin*

8 Tage

Verh. 1 Woche

Verh. 10 Tage

28

*Verh. mit bayer. Janus
H. Hess. von Berlin
mit. Berlin*

28

5/12

8/12

11

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 5. 12. 66

Sasse



(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat

Handwritten signature or mark, possibly a stylized 'S' or 'V'.

1.) Vermerk:

Das Reichssicherheitshauptamt, Amt VI, teilt mir soeben fernmündlich mit, die Angelegenheit G a n i sei erneut überprüft worden. Der Amtschef, Gruppenführer Müller, decke die Entscheidung des Referenten Krischack völlig, da eine andere Möglichkeit der Beantwortung leider nicht bestehe.

Ich habe aufgrund dieser Mitteilung auf einen erneuten schriftlichen Bescheid durch Gruppenführer Müller verzichtet.

2.) Herrn LR. Doerflinger
z.Kts. *DM*

3.) Zum Konzept vom 30.10. neue Reinschrift mit jetzigem Datum fertigen und absenden.

4.) Z.d.A.

Berlin, den 13. Januar 1945.

Thadden

83-26 Italien

Die Übereinstimmung des vor/
imstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.
Bonn, den 5.12.68

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



[Large handwritten signature]

PLaut

Direction des Services Officiels Français
en Allemagne

Anciennement: Ambassade de France à Berlin
Reliée à CUNERSDORF bei WRIEZEN a/Oder

Bezug HHS c/S2

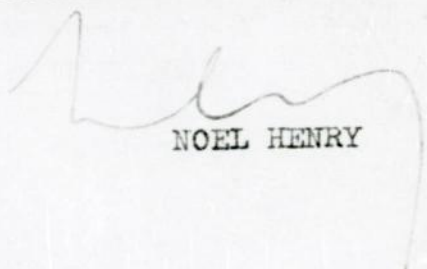
Auf Antrag des französischen Kriegsgefangenen

FRIDMAN,

Mle 38179, Post 950, Stalag IID, wäre die Leitung der
Französischen Dienststellen dem Auswärtigen Amte dank-
bar, ihr Nachrichten sowie die derzeitige Anschrift
seiner Frau und seiner Tochter, wohnhaft in Pau, 9 rue
des Trois Frères Bernadac, in Toulouse interniert und
im Juli nach Drancy gebracht, von denen er seither ohne
Nachricht ist, zu-gehen lassen zu wollen.

Die Leitung der französischen Dienststellen dankt
dem Auswärtigen Amte im voraus./.

CUNERSDORF den 6.10.1944


NOEL HENRY

das

Auswärtige Amt
BERLIN NW8
Wilhelmstr. 75

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 5. 12. 66

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



Handwritten signature or mark, possibly 'SZ' or 'ZL'.

**Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

Berlin SW 11, den 16. Dezember 1944.
Prinz-Albrecht-Straße 8

Ortsanruf 12 00 40 - Fernanruf 12 64 21

Reichsbankgirokonto: 1/146 - Postscheckkonto: Berlin 2386

4847/44

Schriftverkehr dieses Geschäftszeichens, das Datum und
den Gegenstand angeben

An das

Auswärtige Amt

z.Hd.v.Herrn Legationsrat v. Thadden o.V.i.A.

in Berlin W.8.

Wilhelmstr.74/76.

Betrifft: Die Jüdin Fridman, und ihre Tochter.

Bezug: Schreiben vom 22.11.1944 -Inl. II A 3447.

Anlage: 1 Brief.

Die Jüdin Fridman und ihre Tochter befinden
sich im Aufenthaltslager Bergen-Belsen bei Celle. Ein Brief
der Fridman an ihren Ehemann ist als Anlage mit der Bitte um
Weiterleitung beigelegt.

Im Auftrage:

[Handwritten signature]

83-26 TPR

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 5. 12. 66

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



[Handwritten flourish]

15. 12. 44
Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

Berlin SW 11, den 18. Dezember 1944
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 12 00 40

W A 4 b -

4882/44

In der Antwort vorliegendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Julia

26.12.44

4230

✓

An das

Auswärtige Amt
z.Hd. von Herrn Legationsrat von Thadden
o.V.i.A.

in Berlin W 8,
Wilhelm Str. 74-76.

Betrifft: Juden türkischer Staatsangehörigkeit
Jacob K ö n i g , geb. am 20.10.1882
in Istanbul, und seine Familienangehörigen.

Bezug: Ohne.

Die Schweizerische Gesandtschaft in
Berlin - Abtlg. Schutzmachtangelegenheiten - hat
sich unmittelbar mit Schreiben vom 7.12.1944 -
TK 2 Koenig. ST/ab - an die Lagerkommandantur des
Aufenthaltslagers Bergen-Belsen gewandt und Pass-
antragformulare zur Ausfüllung durch den Juden
türkischer Staatsangehörigkeit K ö n i g über-
sandt.

Da K ö n i g im Aufenthaltslager
Bergen-Belsen keinen Pass benötigt und er ohnehin
für Austausch Zwecke zur Verfügung steht, wurde
von dem Ansuchen der Schweizerischen Gesandtschaft
Abstand genommen und von einer Beantwortung des
Schreibens abgesehen.

Im Auftrage:

[Signature]

B-16 Türkei

Krause
20.12.44

Die Übereinstimmung des vor/
umstehenden Textes mit der bei
den Akten des Politischen Archivs
des Auswärtigen Amtes befindlichen
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 5. 12. 66

Sasse

(Dr. Sasse)
Vortragender Legationsrat



Handwritten signature and large checkmark